

Horst Kahrs  
Mitarbeiter am  
Institut für Gesellschaftsana-  
lyse  
Rosa-Luxemburg-Stiftung  
[kahrs@rosalux.de](mailto:kahrs@rosalux.de)  
20./21. Januar 2013  
Datenstand: 01:00

# Die Wahl zum 17. Niedersächsischen Landtag am 20. Januar 2013

## - Wahl Nachtbericht und erste Analyse -

---

### Inhalt

Das vorläufige Endergebnis .....	2
Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung .....	2
In allerletzter Minute: Niedersachsen wechselt doch .....	2
Der Wahltag .....	4
Erkenntnisse der Wahltagsbefragungen .....	4
Wer wählte wen? .....	4
Wahlentscheidende Motive .....	5
Das „Image“ der Parteien .....	6
Wählerwanderungen .....	7
Das Wahlergebnis in einzelnen Aspekten und Wahlkreis-Ergebnisse .....	8
Vergleich zu früheren Wahlen .....	8
Erst- und Zweitstimmen .....	9
Wahlkreise .....	9
Vor dem Wahltag .....	10
Die Parteien vor der Wahl .....	10
Vorwahlergebnisse in Niedersachsen .....	11
Wahlergebnisse für DIE LINKE in Niedersachsen .....	13
Zur allgemeinen Stimmungslage bezüglich Wirtschaft und Politik .....	14
Erkenntnisse zur politischen Stimmungslage in Niedersachsen .....	16
Die Parteien im Spiegel der Sonntagsfragen .....	17
Die Gewichtung der kleinen Parteien in den Vorwahlumfragen .....	18
Zur Wahlstrategie der Partei DIE LINKE .....	22
Zu Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Reichtum und Armut in Niedersachsen .....	25

## Das vorläufige Endergebnis

	Landtagswahl 27.01.2008			Landtagswahl 20.01.2013			Veränderung		
	Stimmen	in v.H.	Sitze	Stimmen	in v.H.	Sitze	rel.	%punkte	Sitze
Wahlberechtigte	6.087.297	100%		6.100.218	100%		0,2%		
Nichtwähler	2.611.185	42,9%		2.479.224	40,6%		-5,1%	-2,3%	
Wähler	3.476.112	57,1%		3.620.994	59,4%		4,2%	2,3%	
Gültige Stimmen	3.425.426	100%	152	3.575.261	100%	137	4,4%	0,0%	
CDU	1.456.742	42,5%	68	1.287.730	36,0%	54	-11,6%	-6,5%	-14
SPD	1.036.727	30,3%	48	1.165.538	32,6%	49	12,4%	2,3%	1
Grüne	274.221	8,0%	12	489.572	13,7%	20	78,5%	5,7%	8
FDP	279.826	8,2%	13	354.971	9,9%	14	26,9%	1,7%	1
LINKE	243.361	7,1%	11	112.215	3,1%		-53,9%	-4,0%	-11
Piratenpartei				75.539	2,1%			2,1%	
NPD	52.986	1,5%		29.444	0,8%		-44,4%	-0,7%	
Sonstige	81.563	2,4%		60.252	1,7%		-26,1%	-0,7%	

## Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung

### In allerletzter Minute: Niedersachsen wechselt doch

Erst mit dem vorläufigen amtlichen Endergebnis stand fest: Die schwarzgelbe Landesregierung kann sich doch nicht durchsetzen, es gibt eine 69:68-Mehrheit für SPD und Grüne. Stephan Weil kann Ministerpräsident werden. Im Bundesrat ist eine „Gestaltungsmehrheit“ gegen die Bundesregierung möglich. Der neue niedersächsische Landtag besteht aus vier Parteien. DIE LINKE hat den Einzug nicht wieder geschafft, die Piratenpartei erreichte bei ihrem erstmaligen Antritt bei einer Landtagswahl in Niedersachsen lediglich 2,1%.

Die Wahlbeteiligung ist mit 2,3 Prozentpunkten leicht gestiegen. Sie bleibt mit Abstand die zweitschlechteste bei Landtagswahlen in Niedersachsen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Die landespolitische Demobilisierung in den Wahlkämpfen 2003 und 2008 konnte auch nicht durch ein noch spannendes Kopf-an-Kopf-Rennen von Schwarz-Gelb und Rot-Grün wettgemacht werden. Eine deutliche Mehrheit der Niedersachsen wollte den amtierenden Ministerpräsidenten David McAllister im Amt behalten. Ebenfalls eine Mehrheit erwartete sich von einer rotgrünen Landesregierung bessere Resultate als von der amtierenden schwarzgelben Regierung. Zwar hielt eine Mehrheit die Zeit für einen Regierungswechsel gekommen, nicht aber für einen neuen Ministerpräsidenten. Für eine Wähler remobilisierende Wechselstimmung fehlte es an notwendigen Aufbruchstimmung. Eher ging es um Abwechslung nach zwei Wahlperioden schwarzgelber Regierungsarbeit. Von dem leichten Anstieg der Wahlbeteiligung konnten alle Landtagsparteien bis auf die Linke profitieren.

Der Wahlabend hatte zunächst zwei Sieger hervorgebracht: die Grünen und die CDU. Am Ende wendete sich das Blatt: die SPD kann einen weiteren Ministerpräsidenten stellen.

Der CDU hat eindrucksvoll demonstriert, dass sie einen politisch substanzlosen Koalitionspartner am Leben erhalten kann, damit er weiter seiner Funktion der Mehrheitsbeschaffung erfüllen kann. Nur 9% der Zweitstimmen-Wähler\_innen der FDP gaben an, dass die FDP die Partei ihrer ersten Wahl sei; 80% nannten die CDU als ihre erste Wahl, 10% andere Parteien. Der Wahlerfolg der FDP erscheint daher als Scheinriese: Sie wurde gewählt, weil die CDU und David McAllister weiterregieren können sollten. McAllister und Merkel erschufen die niedersächsische FDP als Funktionspartei von ihren Gnaden neu. Am Ende stellt sich nach dem Machtverlust aber die Frage, ob die FDP tatsächlich

noch über das Stammpotential von 4% der Stimmen verfügt, das die Basis für eine am Ende zielführende Wahlhilfe sein muss.

Die Grünen können sich als eigentlicher Wahlsieger fühlen. Sie haben ihre Bringschuld für eine rotgrüne Landesregierung im Rahmen eines in sich ruhenden Wahlkampfes erbracht und ihr mit Abstand bestes Ergebnis im Land erzielt. In den großen Städten erreichten sie teilweise deutlich mehr als ein Fünftel der Stimmen – möglicherweise, wie erste Zahlen andeuten, mit Einbrüchen in die bürgerliche CDU-Wählerschaft, vor allem bei jungen Frauen in den Städten.

Die SPD hat hinzugewonnen, aber dennoch ihr zweitschlechtestes Ergebnis bei niedersächsischen Landtagswahlen erreicht. Sie bleibt eine „um die 30%-Partei“. Das Ergebnis verdankt sie in erster Linie ihrem Spitzenkandidaten, dem Noch-Oberbürgermeister von Hannover Stephan Weil. Mit Blick auf die Umfragen vor dem Wahltag ist ein negativer Steinbrück-Effekt nicht eindeutig zu erkennen, auch wenn in den Wahltagsbefragungen 44% der Befragten meinten, Steinbrück habe dem Wahlkampf seiner Partei in Niedersachsen geschadet, bei den SPD-Anhängern meinten dies 35%. Entscheidend ist: Der Kanzlerkandidat hat seine Partei im Landtagswahlkampf nicht nach vorne gebracht. Dass er eine Hilfe gewesen sei, meinten 14%. Der letztliche Wahlausgang erspart es Steinbrück, mit einer weiteren Niederlage ins Wahljahr zu starten. Eine rotgrüne Siegchance gegen Angela Merkel glaubwürdig zu kommunizieren, wird nicht unmöglich.

Die FDP hat es mit einem fulminanten Ergebnis wieder in den Landtag geschafft. Es beruht nicht auf eigener Leistung. Da der eigene Anteil am Wahlerfolg nicht erkennbar ist, werden die innerparteilichen Strategie- und Personaldebatten mit der Niedersachsen-Wahl nicht beendet sein. Aber die Partei kann es sich jetzt auch nicht mehr leisten, vor den Bundestagswahlen einen Parteivorsitzenden abzulösen, unter dessen Verantwortung nun ein drittes Mal die Wiederauferstehung vom politischen „Demoskopie-Tod“ gelungen ist. Immerhin meinten 53% aller Befragten und 48% der FDP-Anhänger, dass Philipp Rösler dem Wahlkampf der FDP geschadet habe, nicht einmal jeder sechste nahm ihn als hilfreich war.

DIE LINKE wurde dieses Mal nicht von den Demoskopen unterschätzt. Deutlich verfehlte sie den Wiedereinzug in den niedersächsischen Landtag und verlor mehr als die Hälfte ihrer Wähler\_innen von 2008. Das Ergebnis gleicht dem in Nordrhein-Westfalen. Aus der leichten prozentualen Besserstellung gegenüber Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein lässt sich kaum politisches Kapital schlagen oder Fahrt für die Bundestagswahlen aufnehmen. Die Partei bleibt im Westen vor allem ein bundespolitisches Phänomen. Sie zieht im Westen ihre Stärke aus bundespolitischen Themen und Präsenz. Darauf hatte auch der Wahlkampf der Partei in Niedersachsen gesetzt, ohne am Ende auch nur in die Nähe der Fünf-Prozent-Hürde zu kommen oder erkennbar von einem negativen „Steinbrück-Effekt“ für die SPD zu profitieren. Nach dem ersten Eindruck verlor die Partei vor allem dort, wo die SPD wieder deutlich zulegte wie z.B. in Braunschweig oder die politische Demobilisierung im Zusammenhang mit der sozialen Lage groß ist (Delmenhorst, Wilhelmshaven) Der Start in das Bundestagswahljahr ist schmerzhaft missglückt. Die Wahlergebnisse der letzten Landtagswahlen zeigen jedoch, dass die treue Anhängerschaft der Partei im Westen sich gegenüber früheren PDS-Zeiten immerhin mehr als verdoppelt hat. Das ist keine allzu schlechte Ausgangsposition für die Bundestagswahl.

Die Erfolgswelle der Piratenpartei ist in Niedersachsen beendet worden. Sie erreichte ihr Bundestagswahlergebnis von 2009. Nach dem die mediale Berichterstattung den Nachrichtenwert über den Erfolg einer neuen und wirklich andersartigen Partei ausgeschöpft hatten, hatte die Partei keine neuen Ereignisse anzubieten außer innerparteilicher Selbstbeschäftigung. Hierbei handelt es sich ebenfalls um einen populären Vorwurf gegenüber Parteien, der gerne als Frame für eine Periode der Berichterstattung über eine Partei genutzt wird. Ob die Piratenpartei es schafft, aus dem Umfrageloch herauszukommen, ist derzeit nicht absehbar.

Die rechtsradikale NPD spielte bei dieser Wahl keine Rolle. Sie halbierte ihre Stimmenzahl fast von 1,5% auf 0,8% der gültigen Stimmen.

## Der Wahltag

### Erkenntnisse der Wahltagsbefragungen

Die Wahltagsbefragungen von Infratest dimap für die ARD und der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF beruhen auf Befragungen vor jeweils mehreren hundert Wahllokalen und der Fortschreibung der Trends, die in den (unveröffentlichten) Vorwahlumfragen bis kurz vor dem Wahltag erhoben wurden. Letztere wurden in diesem Bericht in dem Kapitel „Vor dem Wahltag“ aufgegriffen und bleiben hier, soweit sich keine neuen Erkenntnisse ergeben haben, unerwähnt. Weiter ist zu bedenken, dass sich aus den erhobenen Daten lediglich begründete Vermutungen über die Gründe für das jeweilige Wahlverhalten und Trends ablesen lassen. Alle hier wiedergegebenen Zahlen stammen von den Internetseiten der ARD-Tagesschau (Infratest) und des ZDF-Wahltools (FGW).

### Wer wählte wen?

Die Wahlentscheidung in verschiedenen sozialen Gruppen wird von den beiden Instituten nach verschiedenen, nicht vergleichbaren Merkmal erhoben. Sie werden hier nacheinander wiedergegeben.

Tabelle A1: Wahlentscheidung in Sozialen Gruppen (FGW)

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Frauen	38	34	8	15	2
Männer	36	32	11	12	4
<b>Alter</b>					
unter 30	30	31	6	18	4
30-44	38	29	8	16	3
45-59	33	36	7	17	4
über 60	41	34	13	8	2
<b>Beruf</b>					
Arbeiter	34	40	6	10	4
Angestellte	36	34	9	15	3
Beamte	34	31	13	17	3
Selbständige	42	17	17	17	4
<b>Bildung</b>					
Hauptschulabschluss	42	40	6	7	2
mittlere Reife	37	34	9	12	3
Abitur	34	29	9	20	3
Hochschulabschluss	34	22	13	23	3

Forts. Wahlentscheidung in Sozialen Gruppen (Infratest)

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Piraten
Männer	35	33	11	12	4	2
Frauen	38	32	8	15	3	1
<b>Alter</b>						
18-24	29	33		19	3	7
25-34	36	28		16	4	5
35-44	37	29		17	3	3
45-59	32	35		17	4	1
60 und älter	42	34		7	3	0
<b>Tätigkeit</b>						
Arbeiter	35	36	7	22		2

Angestellte	34	32	9	18		2
Selbständige	38	20	22	15		2
Rentner	44	35	10	7		0
Arbeitslose	30	28	4	16	18	4
Arbeiter	32	36	7	12	4	2
Kurzentschlossene	34	31	14	10	3	3
Erstwähler	26	33	6	20	3	7

Diese Zahlen werden von Infratest durch den Hinweis ergänzt, dass im Verhältnis von CDU und Grünen die CDU überdurchschnittlich stark ist bei älteren Wähler\_innen im ländlichen Raum, bei jüngeren Wählerinnen in Städten aber nur auf einen Stimmenanteil von 16% kommt, während die Grünen in dieser Gruppe 35% erreichen.

### Wahlentscheidende Motive

Tabelle A2: Die wichtigsten Probleme in Niedersachsen

	Infratest	FGW
Bildung (Schule / Bildung)	45	36
Arbeitslosigkeit (Arbeitsplätze)	24	22
Wirtschaft	13	
Familienpolitik (Familie)	12	14
Atompolitik (Energie/Umwelt)	10	9
Verkehr		9

Die Frage nach den wichtigsten Problemen im Land erbrachte bei beiden Institute sehr ähnliche Umfrageergebnisse. Im Vergleich von CDU und SPD werden der CDU bei „Wirtschaft“ und „Arbeitsplätzen“ die deutlich höheren Kompetenzwerte zugemessen, der SPD bei Bildung, Familie und insbesondere bei sozialer Gerechtigkeit. Allerdings lassen sich daraus noch keine Wahlentscheidungen ableiten.

Daher wird von Infratest nach den wahlentscheidenden Gründen bzw. Motiven gefragt – und unausgesprochen unterstellt, dass es hier einen zweckrationalen Zusammenhang gibt. Taktisches Wahlverhalten . etwa Leihstimmen – wird mit dieser Fragestellung nicht erfasst, ebensowenig wird das Sechstel der Wählenden erfasst, das aussagte: „Ich wähle immer die gleiche Partei.“

Für die Wähler der Linken war soziale Gerechtigkeit das wichtigste Thema, gefolgt von der

Tabelle A3: Welche Partei löst die Probleme am besten? (FGW)

	CDU	SPD	Grüne	keine	un-klar
Schule/Bildung	28	36		7	29
Arbeitsplätze	38	32		10	20
Familie	30	34		5	31
Wirtschaft	46	24		13	17
Finanzen	44	25		14	17
Soziale Gerechtigkeit	23	40		9	28
Energie	26	14	33	8	19
Zukunft	38	29	5	10	18

Tabelle A4: Die wahlentscheidenden Themen für die Wähler von... (Infratest)

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Piraten
Bildungspolitik	19	32	19	36	15	32
öffentliche Verschuldung	11	5	16	2	6	8
Arbeitsplätze schaffen	25	8	22	16	32	26
Wirtschaftspolitik	46	18	58	13	13	17
Soziale Gerechtigkeit	15	42	14	34	61	40

Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Wähler der Linken betrachten den Gang der Dinge im Land wie im

Bund am stärksten als ungerecht, während sich bei allen Befragten das Urteil zu gerecht/ungerecht die Waage hält. Die öffentliche Verschuldung war bei keiner Partei ein auffälliges Thema. Am ehesten noch kann hierin ein Ansatzpunkt für Anhänger der FDP gesehen werden. Insgesamt stehen die wahlentscheidenden Themen für FDP und CDU-Anhänger ziemlich nah beieinander, was einen großen Spielraum für taktische Wahlentscheidungen öffnet. Bei den anderen Parteien trifft dies in diesem Maße nicht zu, hier finden sich eher Anhaltspunkte für sich in der Gesamtheit ergänzende Motive.

### Das „Image“ der Parteien

Zu jeder Partei passen parteitypische Aussagen, behauptet Infratest. Sie werden als Ansichten über die Parteien mit gewissen Antwortvorgaben erfasst, die wiederum auf der Basis von Vorwahlumfragen und des Wahlkampfverlaufs gebildet werden. Befragt werden alle Wählenden, so dass sich in den Aussagen auch die Auffassungen der Anhänger von politischen Konkurrenten wiederfinden. Man kann die Ergebnisse aber als Hinweis darauf werten, wie über eine Partei oder eine Angelegenheit im Alltag gesprochen wird, wenn denn über politische Themen und Parteien gesprochen wird. Sie bilden also allgemeine Stimmungen und ein Klima ab, in dem Parteien und ihre Anhänger wahrgenommen werden.

Tabelle A5: Ansichten über die Parteien (Zustimmung zur Aussage in Prozent) (Infratest)	
<b>SPD</b>	
Hat mit der Agenda 2010 wesentlichen Anteil, dass es uns besser geht	62
Bemüht sich am stärksten um sozialen Ausgleich	60
Hat mit Hartz IV und der Rente mit 67 ihre Prinzipien aufgegeben	60
Ist keine Partei mehr für die kleinen Leute	49
<b>CDU</b>	
Hat mit McAllister einen guten Spitzenkandidaten	73
Kanzlerin Merkel sorgt dafür, dass es Deutschland gut geht	67
CDU vernachlässigt die Interessen der Arbeitnehmer	58
CDU in Niedersachsen hat Wulff zu schnell fallen gelassen	39
<b>FDP</b>	
Ist die einzige Partei, die für liberale Inhalte steht	26
Hat in den letzten Jahren in Niedersachsen etwas bewegt	22
Hat in den letzten Jahren in Deutschland etwas bewegt	21
<b>Grüne</b>	
Kümmern sich um die Themen, die andere Parteien vernachlässigen	70
Fände es gut, wenn sie an der Landesregierung beteiligt wären	66
Wäre gut, wenn sie in der deutschen Politik mehr zu sagen hätten	57
Kümmern sich zu wenig um Wirtschaft und Arbeitsplätze	54
<b>Linke</b>	
Setzt sich am stärksten für die Sozial Schwachen ein	42
Sahra Wagenknecht ist ein guter Grund die Linke zu wählen	14
Ist eine Ost-Partei, die im Westen nicht gebraucht wird	47
<b>Piratenpartei</b>	
Keine Position zu wichtigen Themen	83
Sind für Nichtwähler eine Alternative	52
Sorgen dafür, das Jüngere etwas zu sagen haben	38
Sorgen für offenere und transparentere Politik	27

Für die Piratenpartei stellte Infratest mit der Aussage „Sind für Nichtwähler eine Alternative“ die gleiche Frage wie bei den vier Landtagswahlen zuvor. Es zeigte sich eine deutliche Abnahme der Zu-

stimmung. War sie zunächst seit der Berlin-Wahl (63%) auf 70% bei der Wahl in Nordrhein-Westfalen gestiegen, so sank sie jetzt auf 52%. Auch die Zustimmung zu der Aussage, die Piratenpartei sorgt für offenere und transparentere Politik, sank von knapp 50% auf 27%. Hierbei handelt es sich um Auffassungen aller Befragten zu der Piratenpartei. Die gesunkenen Werte spiegeln insofern eine starke Veränderung des öffentlichen Meinungsraumes, in dem die Partei wahrgenommen wird.

## Wählerwanderungen

Die Tabelle zu den Wählerwanderungen zeigt die Salden der Bewegungen, nicht die dahinter verborgenen Wechselbewegungen.

**Tabelle A6: Wählerwanderung (Infratest)**

	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Piraten	Andere	Nichtwähler
CDU	-	-34.000	-19.000	-101.000	11.000	-2.000	-5.000	61.000
SPD	34.000	-	-49.000	20.000	13.000	-5.000	8.000	95.000
Grüne	19.000	49.000	-	9.000	16.000	-6.000	0	61.000
FDP	101.000	-20.000	-9.000	-	-1.000	-5.000	-6.000	12.000
LINKE	-11.000	-13.000	-16.000	1.000	-	-8.000	-3.000	-36.000
Piraten	2.000	5.000	6.000	5.000	8.000	-	13.000	10.000
Andere	5.000	-8.000	0	6.000	3.000	-13.000	-	-22.000
Nichtwähler	-61.000	-95.000	-61.000	-12.000	36.000	-10.000	22.000	-

Zahlen abgerufen um 23:15

Dominiert werden die Wählerwanderungen von der gestiegenen Wahlbeteiligung, die allen Parteien zu Gute kommt – mit Ausnahme der Linkspartei und den sonstigen Parteien. Die zweite große Bewegung ist die Leihstimmen-Bewegung von der CDU zur FDP. Auffällig ist auch, dass die Grünen größere Stimmenkontingente aus allen politischen Richtungen angezogen haben und die Verluste an die Piratenpartei relativ niedrig blieben.

Die LINKE verliert unterm Strich in alle Richtungen: am meisten an die Nichtwähler, dann an die Grünen und in etwa gleichen Teilen an SPD und CDU und schließlich an die Piratenpartei und andere Parteien. Die Struktur der Verluste spiegelt zunächst die Heterogenität der Wählerschaft der Partei wider, die sie im Jahre 2008 sammeln konnte. Mehr als ein Drittel der Verluste gehen auf Kosten der Wahlabstinenz, vermutlich war die Linke hier nur eine Durchgangsstation zur Wahlabstinenz. Die anderen Verluste verteilen sich so auf verschiedene Parteien, dass sie keine eindeutige Botschaft an die Partei und ihre Wahlstrategie enthalten. Am ehesten lässt sich noch sagen, dass zu keiner größeren Wählergruppe festere Bande geknüpft werden konnten.

## Das Wahlergebnis in einzelnen Aspekten und Wahlkreis-Ergebnisse

### Vergleich zu früheren Wahlen

Tabelle A7: Ergebnisse der letzten Wahlen in Niedersachsen - Zweitstimmen

	BTW02	LTW03	EP2004	BTW05	LTW08	EPW09	BTW09	LTW13
Wahlberechtigte	6.035.170	6.023.636	6.064.221	6.083.041	6.087.297	6.112.225	6.112.110	6.100.218
Nichtwähler	1.148.843	1.987.619	3.630.846	1.254.139	2.611.185	3.634.675	1.629.761	2.479.224
Wähler	4.886.327	4.036.017	2.433.375	4.828.902	3.476.112	2.477.550	4.482.349	3.620.994
Ungültige Stimmen	40.094	52.008	39.038	61.254	50.686	24.312	49.738	45.733
Gültige Stimmen	4.846.233	3.984.009	2.394.337	4.767.648	3.425.426	2.453.238	4.432.611	3.575.261
CDU	1.673.495	1.925.055	1.089.566	1.599.947	1.456.742	962.510	1.471.530	1.287.730
SPD	2.318.625	1.330.156	666.555	2.058.174	1.036.727	668.545	1.297.940	1.165.538
Grüne	353.644	304.532	290.271	354.853	274.221	305.758	475.742	489.572
FDP	342.990	323.107	151.518	426.341	279.826	251.167	588.401	354.971
PDS/LINKE	50.380	21.560	42.385	205.200	243.361	97.328	380.373	112.215
Piratenpartei						19.112	87.046	75.539
Rep		17.043	21.986		11.922	15.982		
NPD	12.905			59.744	52.986		53.909	29.444
DVU						7.645		
Offensive D	43.165							
Sonstige	94.194	62.556	132.056	63.389	69.641	125.191	77.670	60.252
Wahlbeteiligung	81,0%	67,0%	40,1%	79,4%	57,1%	40,5%	73,3%	59,4%

Tabelle A8: Stimmenanteile und politische Repräsentation

#### Anteile an den gültigen Stimmen

	BTW02	LTW03	EP2004	BTW05	LTW08	EPW09	BTW09	LTW13
CDU	34,5%	48,3%	45,5%	33,6%	42,5%	39,2%	33,2%	36,0%
SPD	47,8%	33,4%	27,8%	43,2%	30,3%	27,3%	29,3%	32,6%
Grüne	7,3%	7,6%	12,1%	7,4%	8,0%	12,5%	10,7%	13,7%
FDP	7,1%	8,1%	6,3%	8,9%	8,2%	10,2%	13,3%	9,9%
PDS/LINKE	1,0%	0,5%	1,8%	4,3%	7,1%	4,0%	8,6%	3,1%
Piratenpartei						0,8%	2,0%	2,1%
CDU und SPD	82,4%	81,7%	73,3%	76,7%	72,8%	66,5%	62,5%	68,6%
SPD, Grüne, LINKE	56,2%	41,6%	41,7%	54,9%	45,4%	43,7%	48,6%	49,4%
CDU, FDP	41,6%	56,4%	51,8%	42,5%	50,7%	49,5%	46,5%	45,9%

#### Anteile der jeweiligen gültigen Stimmen an den Wahlberechtigten

Nichtwähler	19,0%	33,0%	59,9%	20,6%	42,9%	59,5%	26,7%	40,6%
CDU	27,7%	32,0%	18,0%	26,3%	23,9%	15,7%	24,1%	21,1%
SPD	38,4%	22,1%	11,0%	33,8%	17,0%	10,9%	21,2%	19,1%
Grüne	5,9%	5,1%	4,8%	5,8%	4,5%	5,0%	7,8%	8,0%
FDP	5,7%	5,4%	2,5%	7,0%	4,6%	4,1%	9,6%	5,8%
PDS/LINKE	0,8%	0,4%	0,7%	3,4%	4,0%	1,6%	6,2%	1,8%
Piratenpartei						0,3%	1,4%	1,2%
CDU und SPD	66,1%	54,0%	29,0%	60,1%	41,0%	26,7%	45,3%	40,2%
SPD, Grüne, LINKE	45,1%	27,5%	16,5%	43,0%	25,5%	17,5%	35,2%	29,0%
CDU und FDP	33,4%	37,3%	20,5%	33,3%	28,5%	19,9%	33,7%	26,9%

Quelle: Statistisches Bundesamt

Erstmals seit 1998 ist bei dieser Landtagswahl eine prozentuale Stimmenmehrheit links von Union und FDP zustande gekommen. Union und FDP erreichen nur noch 45,9% der gültigen Zweitstimmen und repräsentieren knapp 27% der Wahlberechtigten. SPD-Grüne repräsentieren 27,2%. Damit wird



die neue niedersächsische Landesregierung nur über einen schmalen repräsentativen Rückhalt unter den Wahlberechtigten verfügen. Gut jeder vierte Niedersachse wird sagen, können diese Regierung gewählt zu haben. Nur 54 von 100 Wahlberechtigten können sagen, dass sie mit ihrer Stimme im Parlament vertreten sind. Nicht einmal jeder 50. Wahlberechtigte ist ein Linke-Anhänger (18 unter 1000). Es gibt keinen neuen Trend zu großen Parteien, im Gegenteil, der Stimmenanteil von SPD und CDU ist gesunken.

### Erst- und Zweitstimmen

Die Differenz zwischen Erst- und Zweitstimmen ist teilweise frappierend. Fast durchgängig zeigt sich dabei ein höheres Maß an taktischem Wahlverhalten bei CDU- und FDP-Wählern als bei SPD- und Grünen-Wählern. Die FDP erreichte einen Erststimmen-Anteil von 3,3% und einen Zweitstimmenanteil von 9,9%, mithin eine Differenz von 6,6%. Diese Differenz entspricht exakt derjenigen zwischen Erststimmenanteil (42,6%) und Zweitstimmen-Anteil (36,0%) bei der Union. Bei der SPD liegt der Erststimmenanteil um 5%punkte über den Zweitstimmen, die Differenz bei den Grünen beträgt lediglich 3,2%punkte. Woher die sozialdemokratischen Erstwählerstimmen kamen, zeigt sich auf den ersten Blick nicht. Jedenfalls zeigt das Wahlverhalten der Linken-Anhänger ein geschlossenes Bild: Erst- und Zweitstimmenanteil betragen je 3,1%, die Differenz nicht einmal 2.000 Stimmen. Dieses Ergebnis spricht dafür, dass die Anhängerschaft bei diesen Wahlen auf einen womöglich stabilen Kern geschrumpft ist.

### Wahlkreise

Die Sozialdemokraten konnten eine Reihe von Wahlkreisen von der Union zurückgewinnen. (Zu den Wahlkreisergebnissen siehe die Tabellen im Anhang) Hierbei handelt es sich zumeist um ehemalige sozialdemokratische Hochburgen, die 2003-2008 an die Union verloren wurden. Ein Einbruch in klassische CDU-Regionen scheint den Sozialdemokraten nicht gelungen zu sein. Solche Einbrüche könnten eher den Grünen gelungen sein, was aber einer genaueren Analyse bedarf. Zumindest spricht vordergründig eine hohe Korrelation zwischen Verlusten der Union und Gewinnen der Grünen in städtischen Wahlkreisen dafür, dass es die Grünen sind, die die für eine rotgrüne Bundesregierung erforderlichen Stimmenzuwächse von der Union holen könnten.

DIE LINKE erreicht nur noch in fünf von 87 Wahlkreisen mehr als 5% der Zweitstimmen: Hannover-Linden (WK 26), Oldenburg-Mitte/Süd (WK 62), Oldenburg-Nord/West (WK 63), Göttingen-Stadt (WK 17) und Elbe (WK 48), das ist das Wendland. In elf weiteren Wahlkreisen erreicht sie 4% und mehr. Die geringsten prozentualen Verluste gibt es den ohnehin schwachen Wahlkreisen, überdurchschnittliche Verluste gibt es in Braunschweig, Goslar, Hannover und Wahlkreisen rechts und links der Wesermündung einschließlich Oldenburg-Mitte/Süd und Emden. Vorbehaltlich einer näheren Analyse gibt es zwei Hauptgruppen von Verlusten: In Braunschweig, Wilhelmshaven und anderen Kreisen gewann die SPD einen Wahlkreis zurück, hier stieg zugleich die Wahlbeteiligung, so dass von einer mobilisierenden Wirkung des SPD-Wahlkampfes ausgegangen werden kann, der auch vorübergehende Linke-Anhänger erfasst hat. In Städten wie Delmenhorst könnte es bei konstant niedriger Wahlbeteiligung einen erheblichen Wechsel von Linke-Wählern zu den Grünen gegeben haben.

## Vor dem Wahltag

### Die Parteien vor der Wahl

Die Landtagswahlen in Niedersachsen erfuhren im Vorfeld große bundespolitische Aufmerksamkeit. Denn es handelte sich um die erste Landtagswahl seit den Wahlen im Frühjahr 2012. So war die Frage, ob sich vermeintliche Trends aus diesen Wahlen fortsetzen würden:

- Regierungsverluste für die CDU und Machtgewinne für die SPD?
- Erneuerung der rotgrünen Ablösungsoption gegenüber schwarzgelben Regierungen?
- Fortsetzung des „Siegeszugs“ der Piratenpartei mit dem „Entern“ eines weiteren Landessparlaments?
- Wiederholtes Scheitern der Linken bei der Verstetigung ihrer parlamentarischen Existenz in den westdeutschen Ländern?
- Fortsetzung des wechsellvollen Existenzkampfes der FDP als Mehrheitsbeschafferin für die Union?

Zugleich handelte es sich um die letzte Wahl vor Beginn des eigentlichen Bundestagswahlkampfes 2013. Sie gilt als ein Test auf die politische Stimmung im Lande, ausgetragen im zweitgrößten Flächenstaat mit der viertgrößten Bevölkerungszahl. Sie war auch ein Test auf die Anziehungskraft des Kanzlerkandidaten der SPD. Der Ausgang der Wahl teilt den Parteien eine Ausgangsposition für die Bundestagswahlen zu, insbesondere in der politisch-medialen Wahrnehmung, Ausdeutung und Kommentierung ihrer Chancen. Nicht zuletzt findet die Wahl zeitlich soweit vor den Bundestagswahlen statt, dass deren Ergebnisse noch Änderungen in den strategischen Weichenstellungen der Parteien ermöglichen könnten, zumindest für entsprechenden Druck aus dem massenmedialen Betrieb dürfte es reichen. Ein schlechtes Ergebnis für die SPD wird die Partei mit der Frage konfrontieren, ob sie nicht doch noch rasch ihren Kanzlerkandidaten auswechseln sollte. Für die FDP wird auch abschließend über die Zukunft des Parteivorsitzenden abgestimmt. Am Freitag vor der Wahl sprach sich der Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Brüderle, für einen vorgezogenen Parteitag aus, um die Führungsfrage rasch zu klären, was in weiten Teilen als ein Affront gegen Rösler und den niedersächsischen Wahlkampf verstanden wurde. Ein Scheitern der FDP trotz Leihstimmenkampagne würde Spekulationen über eine grüne Option der Union befördern. Auch über den medial wahrgenommenen und vermittelten Realitätsgehalt der sozialdemokratischen Strategie, auf eine rotgrüne Mehrheit gegen Schwarz-Gelb bei der Bundestagswahl zu setzen, würde nach Niedersachsen völlig anders zu reden sein. „Bequem“ scheinen es die Grünen zu haben. Schließlich geht es auch für die Piratenpartei um das Vorzeichen, unter dem sie in den Bundestagswahlkampf zieht. Ein Scheitern wird vermutlich die jüngsten politischen Selbstermächtigungs-Tendenzen beim Führungspersonal verstärken. Für die Linkspartei steht ihre Zukunft als landespolitische Kraft im Westen auf dem Spiel. Nachdem sie in den Umfragen über Monate hinweg unter der Sperrklausel lag, steht die Frage, ob sie in den letzten zwei Wochen vor der Wahl vom „Steinbrück-Effekt“ in der sozialdemokratischen Wählerschaft dank der prominenten Rolle von Sahra Wagenknecht in ausreichendem Maße profitieren kann. Allerdings dürfte lediglich der Einzug ins Parlament, nicht nur ein achtbares Ergebnis, auch außerhalb der Partei für Rückenwind hinsichtlich der Bundestagswahl sorgen.

Angesichts der Trends in den Umfragewerten richtete sich das Interesse lange Zeit auf die Frage, ob erstmals wieder ein Dreiparteien-Parlament gewählt werden würde, in dem nur noch CDU, SPD und Grüne vertreten sind. Schließlich wurde für diesen Fall ein Wechsel zu einer rotgrünen Regierung erwartet, wodurch wiederum eine sozialdemokratisch geführte „Gestaltungsmehrheit“ im Bundesrat zustande kommen könnte. Mit dem Wahlkampf schmolz der ehemalige Vorsprung für Rot-Grün, zuletzt sagten die Umfragen ein „Kopf-an-Kopf“-Rennen voraus, in dem Schwarz-Gelb über die größeren Reserven verfügte. Am Ende hätte „der Niedersachse“ dann auf „Sicherheit“ in unsicheren Zeiten gesetzt: Bei McAllister und der Union weiß man, woran man ist, trotz FDP. Bei Weil bleibt ungewiss, wohin es seine Partei unter dem Kavalleriemeister Steinbrück noch treibt.

## Vorwahlergebnisse in Niedersachsen

Niedersachsen gilt als Beispiel für demokratische Regierungswechsel nach mehreren Wahlperioden. Die SPD eroberte in den 1960er Jahren die Macht von der Union, verlor sie Ende der 1970er an Ernst Albrecht. Ihm folgte der Sozialdemokrat Gerhard Schröder. Christian Wulff gewann nach zwei Niederlagen gegen Schröder die Regierungsmacht 2003 mit einem deutlichen Sieg über Sigmar Gabriel und konnte 2008 gegen eine demoralisierte und demobilisierte SPD-Anhängerschaft einen ungefährdeten Wahlsieg. 2013 muss sich sein Nachfolger David McAllister erstmals einer Wahl stellen. Bereits der hohe Stimmenanteil der CDU bei der Landtagswahl 2003 verdankte sich in Teilen einem Rückgang

Tabelle B1: **Wahlergebnisse in Niedersachsen seit der Bundestagswahl 2002**

### Anteile an den gültigen Stimmen

	BTW02	LTW03	EP2004	BTW05	LTW08	EPW09	BTW09
CDU	34,5%	48,3%	45,5%	33,6%	42,5%	39,2%	33,2%
SPD	47,8%	33,4%	27,8%	43,2%	30,3%	27,3%	29,3%
Grüne	7,3%	7,6%	12,1%	7,4%	8,0%	12,5%	10,7%
FDP	7,1%	8,1%	6,3%	8,9%	8,2%	10,2%	13,3%
PDS/LINKE	1,0%	0,5%	1,8%	4,3%	7,1%	4,0%	8,6%
Piratenpartei						0,8%	2,0%
CDU und SPD	82,4%	81,7%	73,3%	76,7%	72,8%	66,5%	62,5%
SPD, Grüne, LINKE	56,2%	41,6%	41,7%	54,9%	45,4%	43,7%	48,6%
CDU, FDP	41,6%	56,4%	51,8%	42,5%	50,7%	49,5%	46,5%

### Anteile der jeweiligen gültigen Stimmen an den Wahlberechtigten

Nichtwähler	19,0%	33,0%	59,9%	20,6%	42,9%	59,5%	26,7%
CDU	27,7%	32,0%	18,0%	26,3%	23,9%	15,7%	24,1%
SPD	38,4%	22,1%	11,0%	33,8%	17,0%	10,9%	21,2%
Grüne	5,9%	5,1%	4,8%	5,8%	4,5%	5,0%	7,8%
FDP	5,7%	5,4%	2,5%	7,0%	4,6%	4,1%	9,6%
PDS/LINKE	0,8%	0,4%	0,7%	3,4%	4,0%	1,6%	6,2%
Piratenpartei						0,3%	1,4%
CDU und SPD	66,1%	54,0%	29,0%	60,1%	41,0%	26,7%	45,3%
SPD, Grüne, LINKE	45,1%	27,5%	16,5%	43,0%	25,5%	17,5%	35,2%
CDU und FDP	33,4%	37,3%	20,5%	33,3%	28,5%	19,9%	33,7%

Quelle: Statistisches Bundesamt

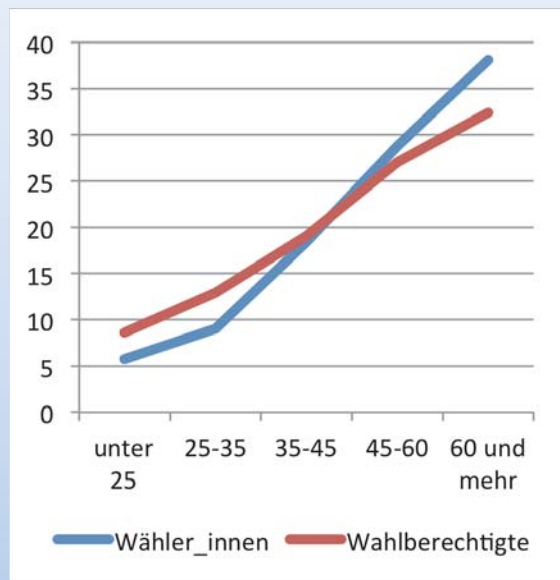
der Wahlbeteiligung, damals insbesondere unter Anhängern der SPD, die von Gabriel nicht erreicht werden konnten. Diese Demobilisierung setzte sich 2008 fort, dieses Mal vor allem aber zu Lasten des vermeintlich klaren Wahlsiegers Union/Wulff. Größer als die Verluste an Anteilen der gültigen Stimmen (-5,8%) waren die Verluste an Stimmen gemessen an allen Wahlberechtigten (-8,1%). Eine steigende Wahlbeteiligung, die bei einem als knapp prognostizierten Wahlausgang zu erwarten ist, könnte zunächst vor allem eine Mobilisierung von CDU-Anhängern bedeuten. 2008 verzeichneten die drei Oppositionsparteien SPD, Grüne und Linke kaum noch Verluste beim Rückhalt unter allen Wahlberechtigten. Sank die Wahlbeteiligung um fast 10%, so sank der gemeinsame Stimmenanteil nur um 2% auf 25,5%. Ein großer Teil der SPD-Verluste wurde vom Wahlerfolg der Linkspartei kompensiert. Deren hoher Stimmenanteil verdankte sich auch der gesunkenen Wahlbeteiligung.

Die Tabelle B1 zeigt zudem eine Besonderheit im Wahlverhalten der Wahlberechtigten des Landes. Nach der Landtagswahl 1998, die unter der bundespolitischen Frage stand, ob „ein Niedersachse Kanzler(kandidat) wird“ und Helmut Kohl ablöst, brachten die folgenden Landtagswahlen wie auch die Wahlen zum europäischen Parlament teilweise deutliche Mehrheiten für Union und Liberale, während die Bundestagswahlen immer Mehrheiten gegen CDU und FDP ergaben.

Es besteht hierbei ein deutlicher Zusammenhang mit der Höhe der Wahlbeteiligung. An Bundestagswahlen beteiligen sich Wählerschichten, die bei Wahlen, die aus ihrer Sicht von untergeordneter

Bedeutung sind, zu Hause bleiben. Hierbei handelt es sich vornehmlich um Wähler\_innen aus einkommensärmeren Bevölkerungsschichten in prekären Lebenslagen, die mehrheitlich eine Partei links von Union und FDP bevorzugen. Umgekehrt zeigt sich hier aber auch die besondere Problematik für Linke, ihre Anhänger für Wahlen von vermeintlich nachrangiger Bedeutung zu mobilisieren.

Schaubild B1: **Wahlberechtigte und Wählende nach Altersgruppen LTW 2008**

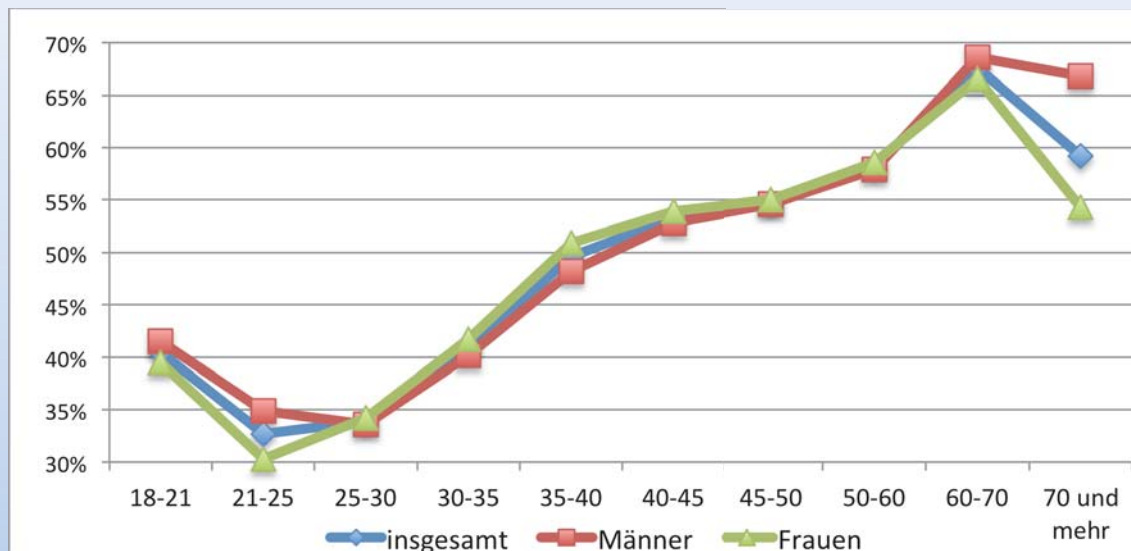


Quelle: Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik, Statistische Berichte Niedersachsen

Die Wahlbeteiligung in Niedersachsen 2008 (Schaubilder B1, B2) wies hinsichtlich der Altersgruppe der Wählenden die gleichen Merkmale auf wie bei anderen Wahlen auch: die Wahlbeteiligung bei den zahlenmäßig ohnehin schwächeren jüngeren Altersgruppen lag bei den 20-30jährigen unter 40%, hier bei einem Drittel, näherte sich bei den 30-40jährigen der 50%-Marke und stieg dann auf knapp 70% bei den 60-70jährigen. Die unterschiedliche Wahlbeteiligung führte zu einer deutlichen Altersverschiebung in der parlamentarischen Repräsentation der verschiedenen Altersgruppen. Die Unterrepräsentation der jüngeren Altersgruppen zählt bei den Landtagswahlen in Berlin, Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen zu den Rahmenbedingungen des Erfolgs der Piratenpartei.

In den Altersgruppen unterschied sich das Wahlverhalten 2008 stark von einander. Die CDU erzielte ihre besten Ergebnisse bei den

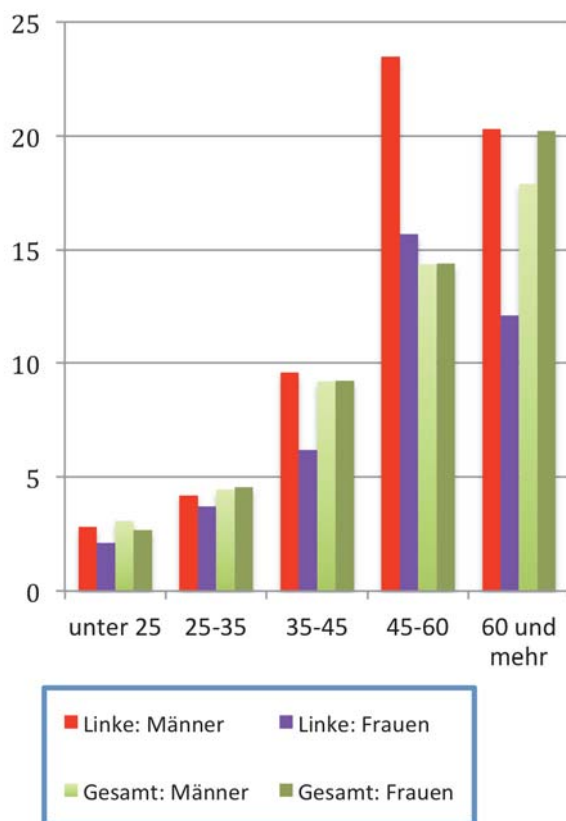
Schaubild B2: **Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht bei der Landtagswahl 2008**



Quelle: Statistische Berichte Niedersachsen, Repräsentative Ergebnisse

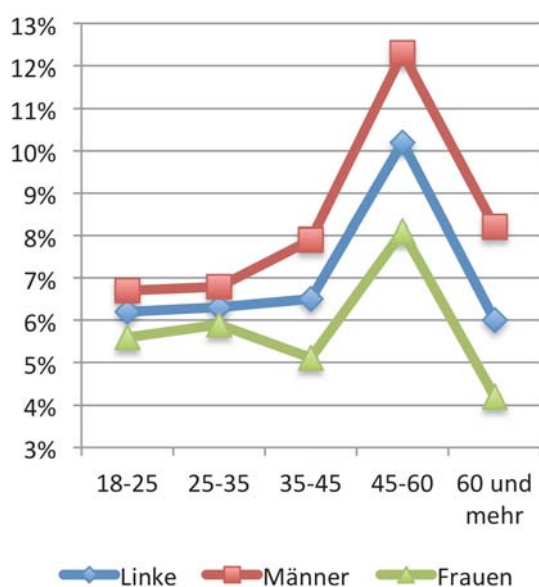
über 60jährigen und in der Altersgruppe der 25-35jährigen. Die SPD erreichte in der Altersgruppe der 45-60jährigen die höchsten Stimmenanteile. In dieser Altersgruppe erreicht Die Linke über 10% der Stimmen, während sie in den anderen Altersgruppen kaum über 6% hinaus kam. Die Grünen wiederum waren stark bei den 18-25jährigen und unterdurchschnittlich schwach bei den über 60jährigen.

Schaubild B3: Zusammensetzung aller Wählenden und der Wähler\_innen der Linkspartei nach Alter und Geschlecht 2008 (von 100 ... waren ...)



Quelle: Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik, Statistische Berichte Niedersachsen

Schaubild B4: Stimmenanteil DIE LINKE in den Altersgruppen nach Geschlecht 2008



Quelle: Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik, Statistische Berichte Niedersachsen

Entsprechend unterschiedlich sind die Zusammensetzung der Wähler\_innen einer Partei und das Gewicht einzelner Altersgruppen für den Wahlerfolg. Für Die Linke waren die Altersgruppe der 45-60jährigen und die männlichen Wähler entscheidend. Von 100 Wähler\_innen der Linkspartei waren 61 Männer und 39 Frauen, während von allen Wählenden 48 Männer und 52 Frauen waren (Schaubild B3).

#### Wahlergebnisse für DIE LINKE in Niedersachsen

Wie in anderen westlichen Bundesländern konnte eine Partei, die sich demonstrativ links von der Sozialdemokratie positionierte, erstmals bei den Bundestagswahlen 2005 im Land an der Sperrklausel von 5% kratzen, um sie dann bei der Landtagswahl 2008 und der Bundestagswahl 2009 deutlich zu überspringen. Dieses Verlassen des linken Wähler-„Ghettos“ von DKP und PDS gelang mit Hilfe abtrünniger sozialdemokratischer Wählerschichten. Hierbei handelte sich um ein Phänomen der Bundespolitik, welches nicht durch landespolitische Präsenz oder bekanntes landespolitisches Personal vermittelt war. Die Linke wurde 2008 – wie auch 2009 bei der Bundestagswahl – vielerorts gewählt, ohne dass es vor Ort eine funktionstüchtige Parteistruktur oder eine nennenswerte Zahl von Mitgliedern gab. Die Linke war auch in Niedersachsen ein vor allem bundespolitisches, medial vermitteltes und von einigen wenigen bundesweit bekannten Persönlichkeiten abhängiges „politisches Ereignis“. Sie trug nahezu alle Merkmale einer „klassischen“ Wahlpartei. Dieser Partei einen Unterbau zu geben, ihr Wurzeln in den Regionen und Kommunen des Landes wachsen zu lassen, zählte zur tagespolitischen Aufgabe nach dem Wahlerfolg 2008. Die Kommunalwahlen 2011 erbrachten ein in dieser Hinsicht vielfach ernüchterndes Ergebnis. Landesweit blieb die Linke, obgleich erstmals nahezu flächendeckend unter eigenem Namen angetreten, deutlich unter der 5%-Marke. Selbstverständlich folgen Kommunalwahlen einer eigenen Logik, sind stärker lokal und persönlichkeitsorientiert. Gleichwohl war das Ergebnis für eine im Landtag vertretene Partei

mit Anspruch auf landespolitisches Gewicht und Verankerung im Alltag enttäuschend. Hinzu kamen Verluste auch in langjährigen Hochburgen linker Kommunalpolitik. (Eine tabellarische Übersicht zu den Wahlergebnissen in den Gebietskörperschaften liefert Tabelle B2 im Anhang.)

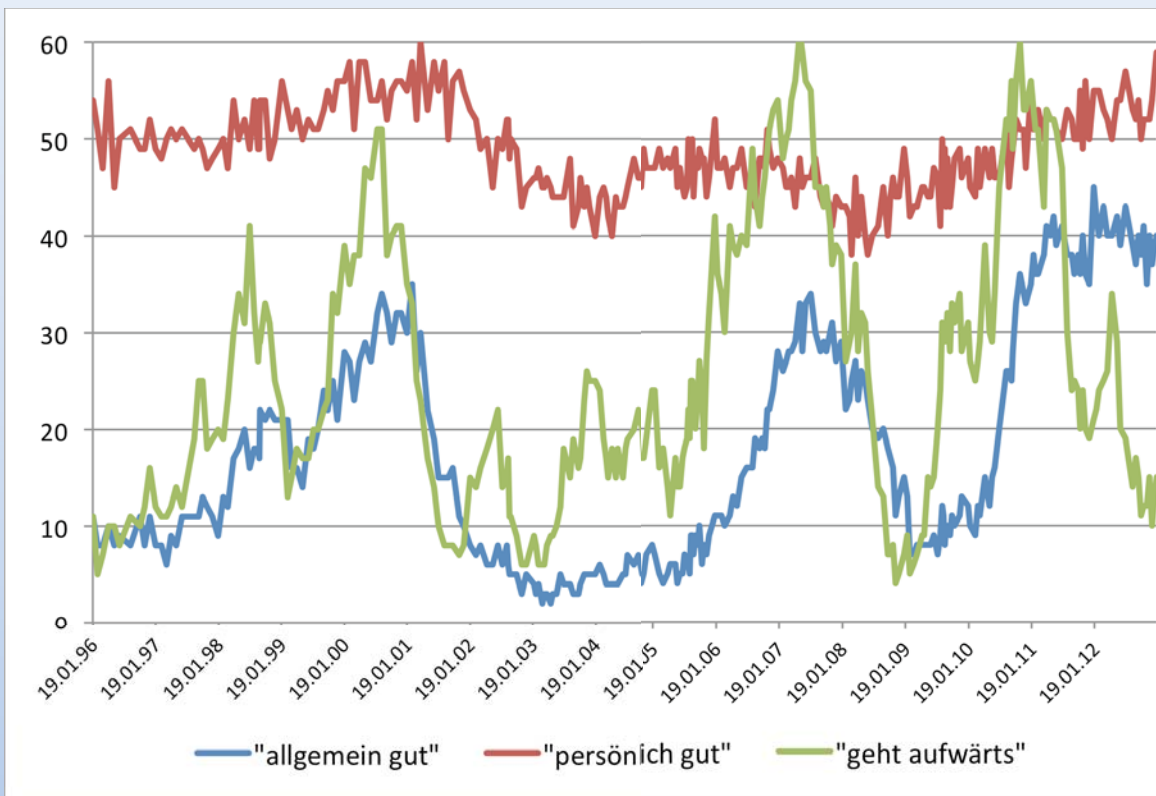
Das Ergebnis der Kommunalwahlen 2011 signalisierte, wie schwer es werden könnte, den Wiedereinzug in den Landtag 2013 zu erreichen. Es zeigte auch, dass für eine erfolgreiche Wahlstrategie die lokale Verankerung kein zentraler Bezugspunkt und Anker sein würde. Allein schon aufgrund der für ein Flächenland dünnen Mitglie dichte blieb die Partei auf ihre mediale Wirkung und Vermittlung angewiesen. Anders als in den kleineren und über eine eher homogene Öffentlichkeit verfügenden Stadtstaaten (und kleinen Flächenländern) gab es keine autonomen Wege, eine in der Sache kompetente, ernsthafte und zuweilen tatsächlich erfolgreiche Landtagsarbeit zu vermitteln. Für einen Erfolg bei den Landtagswahlen glaubte sich die Landespartei daher in hohem Maße auf bundespolitische Ereignisse und ihre Rolle als landespolitische Funktionspartei im Verhältnis zu anderen Parteien verwiesen.

### Zur allgemeinen Stimmungslage bezüglich Wirtschaft und Politik

Die Einschätzungen der Bevölkerung zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Niedersachsen und in Deutschland bilden wichtige Rahmenbedingungen ab, unter denen ein Wahlkampf und die persönlichen Wahlentscheidungen stattfinden. Die allgemeinen Verhältnisse und die wirtschaftliche Lage in Niedersachsen werden von den befragten Personen in den Umfragen von Infratest dimap leicht positiver beurteilt als vor der Landtagswahl 2008. 59% der Befragten geben an, mit „Zuversicht“ auf die Verhältnisse im Lande zu blicken, 29% mit „Beunruhigung“ (2008: 60% zu 33%). Die allgemeine wirtschaftliche Lage beurteilen 65% mit gut bzw. sehr gut (2008: 54%; 2033: 12%) und 33% mit schlecht/sehr schlecht (2008: 45%).

Diese Stimmungen decken sich mit den bundesweiten Einschätzungen zur wirtschaftlichen Lage, die regelmäßig von der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF-Politbarometer erhoben werden: Seit

**Schaubild B5: Positive Beurteilung der allgemeinen, persönlichen und zukünftigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland im ZDF-Politbarometer von Anfang 1996 bis Anfang 2013**

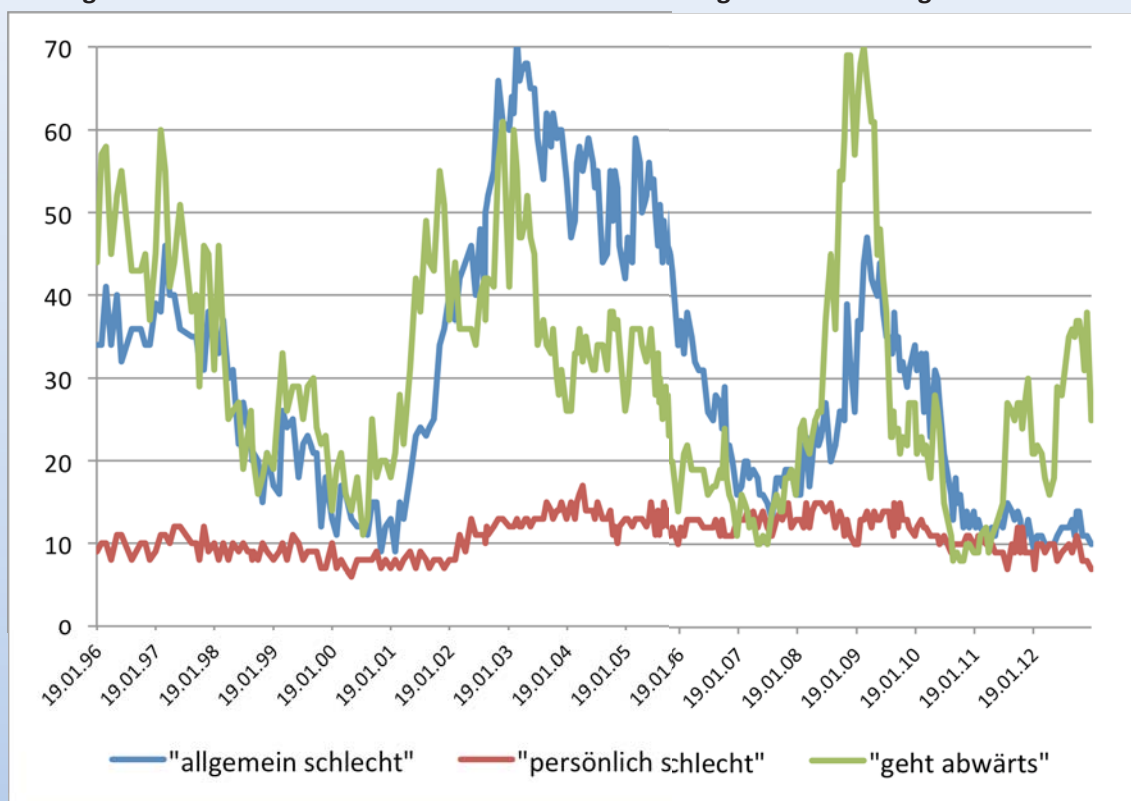


Quelle: Eigene Darstellung nach [www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung](http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung)

die Krisenpolitik der deutschen und europäischen Regierungen ab Mitte 2010 die tagesaktuelle Agenda von Medien und Politik bestimmt, erreicht die Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Deutschland fast historisch zu nennende positive Werte; die ohnehin grundsätzlich bessere Beurteilung der persönlichen wirtschaftlichen Verhältnisse erreicht erstmals wieder die Werte aus den Jahren bis 2002. Die Wahrnehmung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, aber auch der persönlichen erfolgt unter Berücksichtigung und im Verhältnis zu den Berichten über die Situation in anderen europäischen Ländern, insbesondere den südeuropäischen Ländern. Gleichzeitig nähern sich die Zukunftserwartungen, dass es mit der Wirtschaft in Deutschland „aufwärts geht“, wieder einem Tiefstand.

Wenn zum Jahreswechsel 2012/2013 lediglich 10-15% der Befragten erwarten, dass es mit der Wirtschaft in Deutschland „aufwärts“ geht, so erwarten andererseits nur 25-38% (Januar/Dezember), dass es „abwärts“ geht, die Mehrheit kann sich kein entschiedenes Bild machen und votiert für

**Schaubild B6: Negative Beurteilung der allgemeinen, persönlichen und zukünftigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland im ZDF-Politbarometer von Anfang 1996 bis Anfang 2013**



Quelle: Eigene Darstellung nach [www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung](http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung)

„teils/teils“. Allerdings zeigt der Anteil derjenigen, die eine negative wirtschaftliche Entwicklung erwarten, seit Mitte 2011, seit der Verschärfung der Krisen-Rhetorik, deutlich an, ohne dass sich dies bislang in einem entsprechend ausgeprägten negativen Trend bei der Bewertung der aktuellen Lage bemerkbar macht.

Die Stimmung bezüglich der wirtschaftlichen Lage lässt sich zusammenfassen: *Aktuell geht es „uns“ und vor allem „mir“ gut, die Zukunft verheißt aber eher Unsicherheit und Verschlechterung.* Diese Stimmungslage korrespondiert mit einer relativ hohen Zufriedenheit mit den Regierenden im Bund und auch im Land Niedersachsen. Seit Herbst 2011 stellen mehr als die Hälfte der Befragten im „Politbarometer“ der Regierung ein gutes Zeugnis aus, und zwar seit dem Sommer 2012 nochmals mit steigender Tendenz. Anfang Januar meinten 63%, dass „die Bundesregierung ihre Arbeit eher gut macht“ und nur 30%, dass sie eher „schlecht“ arbeite.

Die monatliche Frage der Forschungsgruppe Wahlen für das Politbarometer nach den wichtigsten Problemen zeigt im Langzeitvergleich eine beachtenswerte Verschiebung der Problemgewichtung in Gestalt einer „Externalisierung“. Seit der Verschärfung der europäischen Finanzkrisenpolitik und der erhöhten Schlagzahl der Krisentreffen und Rettungspakete dominiert die Euro- und Schuldenkrise die Problemwahrnehmung in der Bevölkerung, und zwar als ein Ereignis, welches außerhalb der Grenzen Deutschlands stattfindet. Interne Probleme treten vor diesem Hintergrund in ihrer Bedeutung zurück. Beherrschte jahrelang die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz bzw. die Arbeitsplätze allgemein und um Arbeitslosigkeit die Problemliste, so firmiert sie jetzt kaum noch erkennbar über einer Reihe von weiteren Problemen, die insgesamt eine segmentierte Problemvielfalt abbilden<sup>1</sup>. „Arbeitslosigkeit“ und „Arbeitsplätze“ als Problem Nummer eins über mehr als ein Jahrzehnt hinweg deutet auf eine tief sitzende gesellschaftlich vermittelte Unsicherheit, die zuweilen auch als wachsender „sozialer Stress“ analysiert wird. Sorge vor Arbeitslosigkeit oder um den Arbeitsplatz kann immerhin noch im eigenen persönlichen oder politischem Handlungsrahmen begegnet werden kann. Sie bildete den Hintergrund etwa für Lohnzurückhaltung, Betriebskorporatismus oder auch Verfügbarkeit und Arbeitsbereitschaft über die vereinbarte Arbeitszeit hinaus. Mit der Ablösung dieses Hauptproblems durch die „Euro- und Schuldenkrise“ verschiebt sich die Wahrnehmung von Problemen und Unsicherheit auf ein Feld, dem durch eigenes Handeln, Verzicht und Zugeständnisse kaum beizukommen scheint, wo im Gegenteil alles vom verantwortungsvollen Handeln der Regierung abzuhängen scheint, für wie gering deren Einfluss auf „das Vertrauen der Märkte“ auch gehalten wird. Es ist daher nicht zufällig, dass die Verschiebung in der Problemwahrnehmung, die Methode der Merkelschen Krisenpolitik und die gestiegenen Zustimmungswerte für die Kanzlerin Hand in Hand gehen.

Dieser „Regierenden-Bonus“ dürfte auch für McAllister in Niedersachsen wirken: Eine Stimmung, der Bundesregierung via Landtagswahl einen Denkkzettel verpassen zu wollen, konnte nicht ermittelt werden. Schwere Fehler oder Versäumnisse zogen den Nachfolger von Christian Wulff ebenfalls nicht nach unten.

### Erkenntnisse zur politischen Stimmungslage in Niedersachsen

Zum Jahreswechsel 2012/13 äußerten im „NiedersachsenTrend“ von Infratest dimap für den NDR 58% der Befragten, dass sie mit der Arbeit der Landesregierung „zufrieden“ bzw. „sehr zufrieden“ seien. Dieser Zufriedenheitswert liegt deutlich über demjenigen vor der Landtagswahl 2008, als die Unzufriedenen mit 52% zu 46% die Mehrheit stellten.

Zehn Tage vor der Wahl erwarten im ZDF-Politbarometer 51% der Befragten einen Wahlsieg für die CDU bzw. den Ministerpräsidenten McAllister, nur 19% erwarten die SPD und ihren Spitzenkandidaten Weil als Sieger. Bei einer Direktwahl des Ministerpräsidenten hätten sich zum gleichen Zeitpunkt

**Tabelle B3: Direktwahl des Ministerpräsidenten - Parteianhänger -**

für McAllister	Anhänger von	für Weil
51%	Gesamt	33%
90%	CDU	4%
89%	FDP	4%
25%	SPD	65%
20%	Grüne	69%

Quelle: Infratest dimap, Niedersachsen-Trend, 10.01.2013

im Niedersachsen-Trend 51% für McAllister und 33% für weil entschieden, wobei sich immerhin auch ein Viertel der SPD-Anhänger für den amtierenden CDU-Ministerpräsidenten entschieden hätte.

„Abwechslung statt Wechselstimmung“ scheint der angemessene Ausdruck für die widersprüchlichen Signale, die die Umfragen bezüglich eines politischen Wechsels in Niedersachsen vermitteln. Denn einerseits will eine stabile Mehrheit den amtierenden Ministerpräsidenten behalten, wenn sich auch der Vorsprung, wie das Politbarometer vermutet, „aufgrund des gestiegenen Bekanntheitsgrades des SPD-Spitzenkandidaten von 21 Prozentpunkten im Dezember auf jetzt 15 Prozentpunkte verringert“ habe (Politbarometer-Extra Niedersachsen, 10.01.2013). McAllister ist 95% der befragten Niedersachsen bekannt, fast zwei Drittel sind mit ihm zufrieden (Niedersachsen-Trend 10.01.2013).

1 [www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung](http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung)



Entgegen den guten Werten für McAllister äußern nur 42%, dass die kommende Landesregierung von der CDU geführt werden solle, eine knappe Mehrheit von 43% bevorzugt eine von der SPD geführte Regierung. Allerdings ist dieser Vorsprung in den letzten Wochen vor der Wahl geschrumpft, wobei sich im Politbarometer eine Mehrheit für eine CDU-geführte Regierung aus CDU und SPD abzeichnet.

**Tabelle B4: Koalitionspräferenzen vor der Wahl**

„Eine Koalition aus .... wäre gut für Niedersachsen“

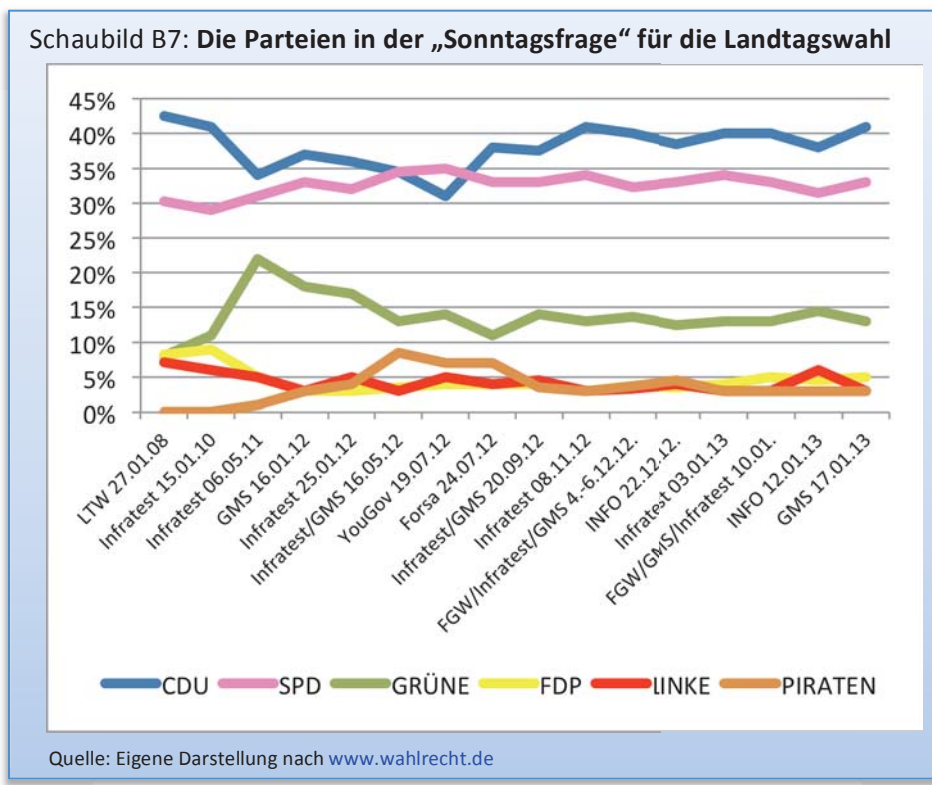
Infratest	SPD/Grüne	CDU/SPD	CDU/FDP	CDU/Grüne
06.12.12 sehr gut/gut	56%	50%	28%	33%
03.01.13 sehr gut/gut weniger gut/schlecht	52% 44%	44% 52%	32% 65%	23% 73%
10.01.13 sehr gut/gut	51%	45%	32%	23%
FGW, 10.01.13 gut schlecht	47% 35%	47% 33%	30% 47%	26% 50%

Quelle: Infratest dimap, Forschungsgruppe Wahlen

Die Präferenz für eine rotgrüne Landesregierung schmolz mit Beginn der „heißen Wahlkampfphase“. Gleichzeitig blieb die Präferenz für die Fortsetzung der schwarzgelben Landesregierung niedrig. Offensichtlich besteht keine Wechselstimmung bezüglich des Ministerpräsidenten und der CDU als Regierungspartei, wohl aber bezüglich des Partners. Zuletzt sagten nur 36%, dass Schwarz-Gelb weiterregieren solle und

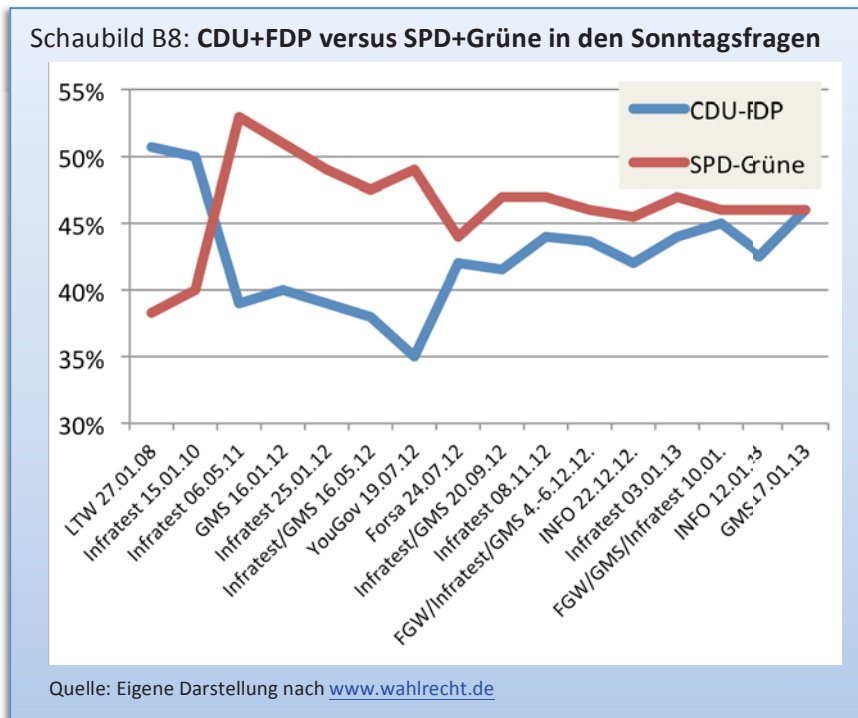
52% sprachen sich für einen Regierungswechsel aus (Infratest dimap). Es ist die FDP, die die Werte für eine schwarzgelbe Präferenz drückt. Niedersachsen spiegelt damit durchaus die Bewertung der Bundesregierung wieder. Kanzlerin Merkel, die Bundesregierung insgesamt und die CDU erhalten positive Bewertungen, die Arbeit der FDP wird deutlich negativ bewertet.

**Die Parteien im Spiegel der Sonntagsfragen**



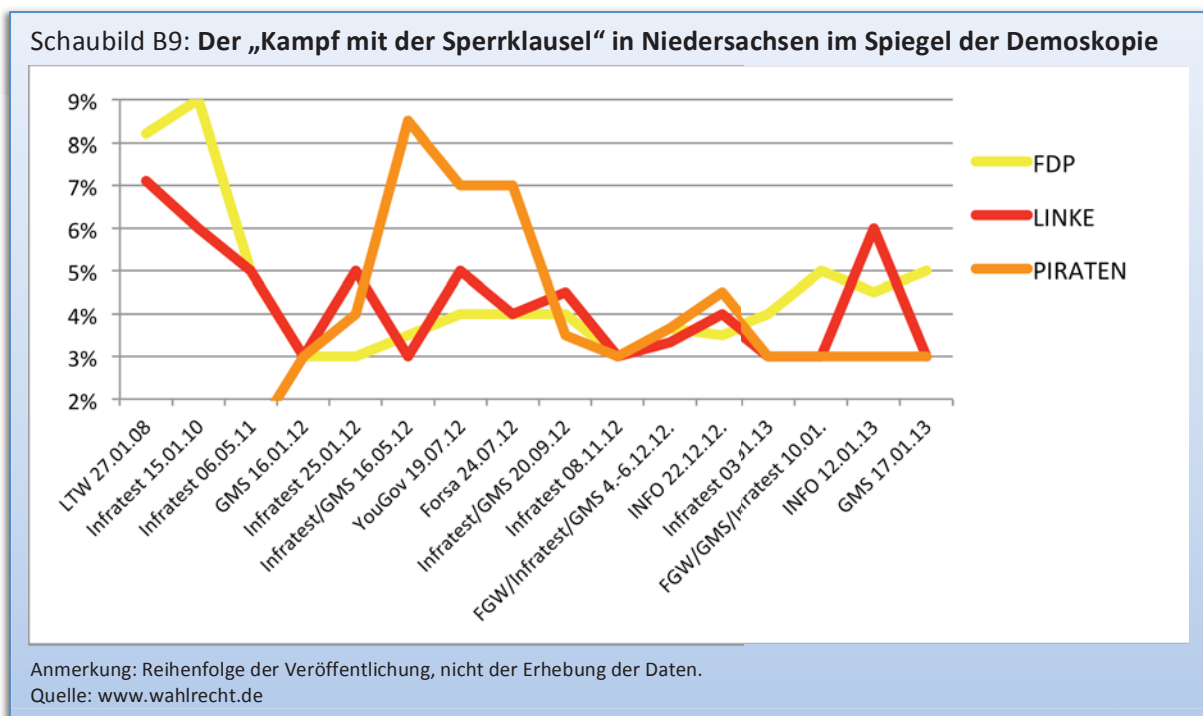
Die Ergebnisse der „Sonntagsfrage“ vermitteln seit Herbst 2012 ein weitgehend stabiles Bild von der politischen Stimmungslage bezüglich CDU, SPD und Grünen (Schaubild B7). Spannung bezogen die Umfragen vor allem aus der Frage, ob und welche Parteien würden und welche Auswirkungen dies auf Regierungsmehrheiten haben könnte.

Seit einer im Mai 2011 veröffentlichten Umfrage von Infratest dimap ergaben die folgenden Sonntagsfragen in der Addition der Anteile von CDU und FDP einerseits und SPD und Grünen andererseits deutliche Mehrheiten für eine andere Regierungskoalition. Mit Beginn der letzten Wahlkampfphase schmolz dieser Vorsprung dahin. Je näher der Wahltag rückte, desto stärker verbanden die Befragten mit der Antwort auf die Sonntagsfrage womöglich auch die Entscheidung, ob sie tatsächlich einen Regierungswechsel herbeiführen wollten.



**Die Gewichtung der kleinen Parteien in den Vorwahlumfragen**

Die Arbeit der professionellen Volksbetrachter ist keine exakte Wissenschaft. Dennoch ist der Einfluss der wichtigen Umfrageinstitute auf Parteien, ihre politische Initiativen und Programme enorm, und auch in der Öffentlichkeit werden Zahlen „oft so wahrgenommen, als könnten die Umfrager tatsächlich die Stimmungen im Volke bis auf Stellen nach dem Komma genau erfassen“. Daher ist nicht auszuschließen, dass Umfragezahlen über Gewinner und Verlierer Rückwirkungen auf das Wahlverhalten haben: Scheint der Wahlausgang klar, so kann man auch schon mal zu Hause bleiben, ist es



unklar, ob die eigene Partei gewinnt oder in das Parlament einzieht, so kann das als Motivation für eine Wahlbeteiligung wirken. Auch kann gerade für taktierende Wähler\_innen der prognostizierte

Wahlausgang bzw. die Stimmungslage entscheidend für die Wahlentscheidung sein. Dabei liefern die Umfrageinstitute, was sie selbst meist im Kleingedruckten mitteilen, nur Spannbreiten: bei den methodisch bedingten Schwankungsbreiten lassen sich lediglich Aussagen treffen, die niemand haben will: die Partei X steht zwischen 35 und 39 Prozent.<sup>2</sup> Exakte Zahlen enthalten immer ein hohes Maß an Willkür, gemeinhin nennt man dies bei den Volksbetrachtern „gesammeltes Erfahrungswissen“.

Lange Zeit, seit 2011, legten die Sonntagsfragen für die Niedersachsen-Wahl die Möglichkeit nahe, dass erstmals wieder ein Dreiparteien-Parlament aus CDU, SPD und Grünen gewählt werden könnte, in dem die vermeintlich stärkste Partei, die CDU, auf der Oppositionsbank sitzen würde. Die Werte für FDP und LINKE lagen immer um 5 Prozent, für die FDP seit Anfang 2012 und für die LINKE seit Mitte 2012 immer unter der Sperrklausel. Der Hype 2011/12 um die Piratenpartei endete im Land parallel zum Niedergang der Umfragewerte für den Bundestag. Letztmals im September 2012 wurde von GMS (im Auftrag der CDU) der Einzug von FDP und Linken für möglich gehalten, in der zeitgleich erhobenen Umfrage von Infratest lagen beide Parteien deutlich darunter.

**Tabelle B5: Soll die ... wieder in den Landtag?**

	FDP	Linkspartei	Piraten
„finde ich gut“	42%	19%	14%
„finde ich nicht so gut“	52%	78%	77%

Quelle: Infratest dimap, Niedersachsen-Trend, 03.01.2013

Ob die drei Parteien wieder im Landtag vertreten sein sollten, beurteilten die befragten Niedersachsen zum Jahreswechsel unterschiedlich, aber überwiegend eindeutig negativ. Diese Zahlen drücken vor allem die relativ

schmale potentielle eigene Wählerschaft der drei Parteien aus, insbesondere der Linkspartei und der Piratenpartei. Über dieses Spektrum hinaus wird, und das ist der entscheidende Unterschied zur FDP, die parlamentarische Präsenz von Linken und Piraten nicht für erforderlich gehalten, auch wenn man sie nicht wählen würde.

Daten der INFO GmbH vom Januar bestätigen, dass insbesondere LINKE und Piratenpartei über ein schmales Potential unter den Wahlberechtigten verfügen. Gefragt wurde, ob die Partei „wählbar“ sei, also ob es sozusagen ‚in Ordnung gehen‘ würde, wann man selber oder eine andere Person diese Partei wählen würde. Dabei erklärten fast drei Viertel der Befragten die Partei DIE LINKE als „nicht wählbar“ und nur sechs Prozent bezogen sie in ihre aktuelle Wahlentscheidung ein. Dieser Wert lag für die FDP mit 11% der Befragten deutlich höher.

**Tabelle B6: Wählbarkeit von FDP, LINKE und Piratenpartei**

Wählbarkeit: Partei ...	FDP	LINKE	PIRATEN
... ist nicht wählbar	60%	74%	85%
... ist grundsätzlich wählbar	29%	20%	9%
... wäre eine Alternative	8%	2%	4%
... würde ich wählen	3%	4%	2%

Quelle: INFO GmbH, PhoneBus Niedersachsen, Januar 2013

Die Gründe, warum eine grundsätzlich als „wählbar“ beurteilte Partei dann doch nicht erste Wahl ist, unterscheiden sich für Linkspartei und Piratenpartei deutlich von der FDP (Tabelle B7). Hierbei dürfte es sich um Unterschiede handeln, wie sie für landespolitisch etablierte und (noch) nicht (stark) etablierte Parteien anzutreffen sind. Bei Linke und Piraten dominiert die Ansicht, zu wenig über diese Parteien zu wissen. Bei der FDP liegt diese Begründung erst an sechster Stelle nach einer Reihe von nahezu gleichgewichtigen Gründen, die auf Kenntnissen über diese Partei beruhen dürften.

<sup>2</sup> Vgl. zur Methodenkritik der Wahl-Demoskopie zuletzt Christopher Schrader, Der unfassbare Wähler; in: Süddeutsche Zeitung, 10, 12.01.2013, S. 20.

Tabelle B7: Warum ist die Partei nicht erste Wahl, wenn sie grundsätzlich "wählbar" ist?

	FDP	LINKE	PIRATEN
weil ich zu wenig über die Partei weiß	18%	<b>38%</b>	<b>39%</b>
wegen ihrer politischen Ziel	24%	25%	27%
weil ich dieser Partei gefühlsmäßig nicht nahe genug stehe	21%	19%	18%
weil diese Partei zu schwach ist und nichts bewirken kann	<b>28%</b>	17%	20%
wegen ihres Auftrittes im Wahlkampf	10%	17%	15%
wegen ihrer Kandidaten	22%	15%	17%
weil ich eine andere Partei stärken will	22%	10%	19%
sonstige Gründe	10%	8%	15%
weiß nicht	11%	9%	1%

Quelle: INFO GmbH, PhoneBus Niedersachsen, Eigenuntersuchung im Januar 2013

In den Vorwahlwetten räumten die Befragten am ehesten der FDP Chancen ein, den Einzug in den Landtag noch zu schaffen. Solche Wetten auf den Wahlausgang können entscheidend sein, ob die Mobilisierung der Anhänger tatsächlich gelingt, ob es Umfrage-Anhängern tatsächlich Wähler werden.

Die Wahrnehmung der Chancen der kleinen Parteien änderte sich in der heißen Wahlkampfphase. Mit dem Aufruf der Union zu einer Leihstimmen-Kampagne für die FDP sprangen die FDP-Werte bei

Tabelle B8: Schafft die ... den Einzug in den Landtag?

	FDP		Linke		Piraten	
	KW49	KW02	KW49	KW02	KW49	KW02
Ja	42	39	35	36	24	20
Nein	58	60	60	60	70	76

KW49: Erhebung 3.-5.12. 2012; KW02: Erhebung 7.-9.1.2013.

Quelle: FGW, Politbarometer Extra 12/12, 01/13

den letzten Umfragen zehn Tage vor der Wahl wieder in die Nähe der fünf Prozent. Leihstimmen-Kampagnen richten sich an die taktisch wählenden eigenen Anhänger, die ihre Wahlentscheidung entlang der Frage treffen, welche Partei gewählt werden müsste, damit die eigene Partei mit größtmöglicher Wahrscheinlichkeit (weiter)regieren kann. Sowohl McAllister

als auch Merkel taten zum CDU-Wahlkampfauftakt in Wilhelmshaven alles, um die taktisch orientierten CDU-Wähler darauf aufmerksam zu machen, dass ohne FDP im Landtag die eigene Partei auf der Oppositionsbank landen würde. Entscheidend für eine Leihstimmen-Kampagne ist, dass die Aussicht auf Erfolg besteht. Als die FDP unmittelbar nach dem Dreikönigstreffen am 6. Januar von Forsa auf bundesweit nur noch 2% gesetzt wurde, drohte die Leihstimmen-Kampagne wegen vermeintlicher Aussichtslosigkeit in sich zusammenzufallen. „Der taktisch wählende Anhänger der Union wählt nicht CDU oder CSU, sondern entscheidet sich am Wahltag für seine zweite Präferenz. Im Falle der Niedersachsen-Wahl und womöglich auch später bei der Bundestagswahl will er zur Rettung der FDP beitragen und damit deren geschätzten Vier-Prozent-Sockel für die Regierungsfähigkeit der Union mobilisieren. Leihstimmen aber für eine Zwei-Prozent-Partei, deren Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde als gewiss erscheint? Der taktische Wähler würde ein hohes Risiko eingehen – jenes nämlich, dass er seine Stimme ins Niemandsland verschenkt. Ebenso könnte er dann der Wahl fernbleiben oder die Partei Bibeltreuer Christen wählen. Und deshalb war dieser Mittwoch auch für die FDP ein schlimmer Tag.“<sup>3</sup> – und der folgende Freitag dann ein blendender Tag: Die Setzung der FDP mit 5% durch die beiden großen Institute am 10. Januar war von entscheidender Bedeutung, um die Kampagne am Leben zu halten. Welches „Erfahrungswissen“ der Demoskopien in diese Zahl eingeflossen ist, wurde öffentlich nicht bekannt gegeben. Möglicherweise wurde ein erwarteter Erfolg der Kampagne bereits

<sup>3</sup> Günter Bannas, Um die Ecke gedacht. Die Zwei-Prozent-FDP und die Leihstimmen; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.1.2013, S. 1.

eingepreist, wodurch wiederum die Erfolgswahrscheinlichkeit erhöht wurde... So kam am Ende jedenfalls zustande, was sich jede Nachrichtenredaktion wünscht: „13-Punkte-Polster weg, Rot-Grün nur noch Außenseiter“, „FDP holt auf“, „Spannendes Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb.“

Der Wahlkampf in Niedersachsen hatte kaum regional übergreifende landespolitische Themen. Die Themen an der Nordseeküste waren anders gewichtet als im südlichen Niedersachsen. Erschwerend für einen Wahlkampf mit landespolitischen Themen kommt die regionale Aufsplitterung der Medienlandschaft hinzu. Es gibt mehrere Regionalzeitungen, aber keine Landeszeitung. Die Seiten für die Landespolitik konkurrieren mit den Lokal- und Regionalseiten, die die Basis der Printmedien ausmachen und die zugleich in Konkurrenz zu regionalen und lokalen Anzeigenzeitungen stehen. Eine landespolitische Öffentlichkeit, die Schwerpunktthemen hervorbringen kann, hat es daher nicht leicht. „Schule und Bildung“ wurde zuletzt mit 31% als wichtigstes Thema gemessen, gefolgt von „Arbeitslosigkeit“ mit 21%. Weitere Themen erhielten im Ranking des Politbarometer-Extra vom 10.01.2013 deutlich niedrigere Bedeutungswerte. „Schule und Bildung“ war dabei das Thema, bei dem der SPD die größte Lösungskompetenz zugeschrieben wurde, bei der „Schaffung von Arbeitsplätzen“ und „Wirtschaftskompetenz“ lag die CDU vorne.

Tabelle B9: Einstellungen zu verschiedenen politischen Forderungen

	alle Befragten		Anhänger von...					
	eher/völlig dagegen	eher/sehr dafür	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Piraten
Mehr Unterstützung für finanziell bedürftige Schüler	4%	95%	93%	99%	96%	93%	100%	96%
Mehr Transparenz in der Politik	5%	92%	91%	94%	96%	95%	98%	81%
Flächendeckende Mindestlöhne	10%	88%	84%	92%	88%	<b>74%</b>	98%	96%
Mehr politische Mitbestimmung durch die Bürger	10%	87%	85%	91%	90%	83%	90%	94%
Konsequente Maßnahmen gegen Finanz-Spekulanten	11%	83%	82%	86%	86%	97%	99%	<b>34%</b>
Strikte Reduzierung öffentlicher Verschuldung	15%	81%	79%	87%	77%	96%	<b>67%</b>	79%
Abschaffung Studiengebühren	22%	74%	<b>63%</b>	85%	86%	<b>44%</b>	87%	84%
Mehr individuelle Freiheit, weniger staatlicher Eingriffe	28%	63%	69%	54%	55%	66%	58%	<b>88%</b>
Abschaffung gegliedertes Schulsystem	46%	44%	39%	55%	52%	<b>16%</b>	48%	43%
Weitere Erkundung von Gorleben als Endlager	53%	42%	47%	47%	<b>27%</b>	48%	50%	<b>18%</b>

Quelle: INFO GmbH, PhoneBus Niedersachsen Januar 2013

Die INFO GmbH wollte Anfang Januar in einer eigenen Untersuchung wissen, ob die Wahlkampfthemen der Parteien zu einer Polarisierung führen würden. Sie stellten die Frage: „Im Landtagswahlkampf in Niedersachsen werden ja verschiedene landespolitische Themen diskutiert, von denen wir Ihnen jetzt einmal einige nennen. Sagen Sie mir bitte zu den folgenden Forderungen, ob Sie sehr dafür, eher dafür, eher dagegen oder völlig dagegen sind.“<sup>4</sup> (Tabelle B9)

Das Ergebnis zeigt für die meisten Themen eine weitgehend übereinstimmende Einstellung über die Partei-Anhängerschaften hinweg. Markante Unterschiede gibt es bei der Befürwortung flächendeckender Mindestlöhne, wofür lediglich drei Viertel der FDP-Anhänger sind, bei der strikten Reduzierung der Staatsverschuldung, wofür sich lediglich zwei Drittel der Linkspartei-Anhänger aussprechen

<sup>4</sup> INFO GmbH, PhoneBus Niedersachsen, Januar 2013. Die Ergebnisse für die FDP, die Piratenpartei und DIE LINKE in der gesamten Erhebung veröffentlichte das Institut mit dem Vorbehalt „Geringe Fallzahl“, also zweifelhafte Repräsentativität.

und bei der weiteren Erkundung des Gorlebener Salzstocks, wofür lediglich ein gutes Viertel der Grünen-Anhänger ist. Am ehesten polarisieren noch die Abschaffung der Studiengebühren und die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems zwischen CDU und FDP auf der einen Seite und den anderen Parteien. Eine Sonderstellung nehmen die Anhänger der Piratenpartei ein, die am deutlichsten weitere staatliche Eingriffe ablehnen und konsequenterweise dann bei den Regeln gegen Spekulanten eine Sonderstellung einnehmen. Zugleich gibt es bei ihnen die geringste Unterstützung für die Einbeziehung von Gorleben in die weitere Erkundung eines Atommüll-Endlagers. Für die Linkspartei ergibt sich aus dieser Befragung kein Thema, das bei ihr besonders aufgehoben wäre bzw. zugeschrieben würde. Allenfalls noch die Frage der Ausstattung der öffentlichen Haushalte mit weiteren Krediten könnte eine Sonderstellung in der Anhängerschaft und einen politischen Unterschied begründen. Ansonsten ergeben sich aus den abgefragten Einstellungen der Anhänger von SPD, Grünen und Linkspartei keine für den Wahlkampf polarisierenden Unterschiede.

Die Hälfte der Befragten (51% bei Infratest) äußerte in der Zeit des Jahreswechsels, dass für die Wahlentscheidung landespolitische Themen „wichtiger“ seien, 36% hielten bundespolitische Themen für entscheidend. Im Dezember hatten gegenüber INFO GmbH umgekehrt 55% die Bundespolitik und 40% die „konkrete Situation in Niedersachsen“ als entscheidend angeführt.

Knapp drei Wochen vor der Wahl gaben 56% der von Infratest befragten Wahlberechtigten an, dass ihre Wahlentscheidung fest stehe oder so gut wie feststehe; 16% äußerten, es könnte sich noch etwas ändern und 28% antworteten mit „weiß nicht“ oder machten keine Angabe.

### Zum Wahlkampf der Linken



Die Wahlstrategie der Linkspartei positionierte den Landesverband auf der bundespolitischen Themenbühne. Übergreifendes Thema der Kampagne waren „Bankenmacht“ und „Spekulanten“. Die Wahl der Partei bei den Landtagswahlen sollte (auch) als Proteststimme gegen die ungebrochene Macht der Spekulanten und den mangelnden Mut der anderen Parteien, den Finanzmärkten klare Regeln zu setzen, verstanden werden. Sämtliche Plakate transportierten diese Aussage.



Themen mit landespolitischem Widerhall – Bildung, Gorleben/Asse, Gesundheit – wurden in Gegensatz gestellt zu „Spekulanten“ als personifizierendes Synonym für die Macht der Banken und Finanzmärkte. Eine tatsächliche landespolitische Umsetzungsperspektive war damit nicht kommuniziert. Die Wahlkampfstrategie reflektierte, dass die Anhängerschaft der Linken im Lande die Partei vor allem über bundespolitische Themen und Personen wahrnehmen würde. Sie folgte ihrer Gründungslogik: die Partei war auf der Bundesbühne entstanden, nicht aus der Landespolitik oder landespolitischen Themen aufgewachsen. Die Anhängerschaft würde sich mit landespolitischen Themen (allein) kaum in ausreichender Zahl mobilisieren lassen. Landespolitisch wurde vor allem auf die Funktion der Linkspartei als Korrektiv zu SPD und Grünen gesetzt. Spitzenkandidat Manfred Sohn: „Die Erinnerung daran, dass die SPD immer links blinkt und rechts abbiegt, ist nicht mehr so frisch wie im letzten Landtagswahlkampf. Dadurch kämpfen wir unter anderem dadurch an, dass wir ins Zentrum unserer Forderungen immer auch den Kampf gegen Spekulanten gestellt haben, weil uns das von der SPD und den Grünen unterscheidet.“ (Interview in Junge Welt, 14.12.2012)

Unter dem Vorzeichen einer rotgrünen Mehrheit im Landtag wurde die eigene Rolle in der Opposition gesehen. Ein Politikwechsel werde nur gelingen, wenn es im Parlament eine starke Kraft gibt, die dafür sorgt, dass die schönen Versprechungen von SPD und Grünen aus deren Wahlprogrammen auch Wirklichkeit werden: „Wir sind so etwas wie die politische Sozialversicherung dafür, dass SPD und Grüne nicht wieder nach rechts rutschen, wie sie das so oft gemacht haben.“ (Manfred Sohn am 1.12.2012 zum Wahlkampfauftakt der Landespartei im Bürgerhaus Misburg, Hannover, laut Disput, Dezember 2012, S. 18) Das Misstrauen in die Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit, die Erinnerung an den Verrat sozialdemokratischer Traditionen sollte zu einem zentralen Wahlmotiv werden. Zugestanden wurde damit allerdings indirekt, dass die Forderungen der Konkurrenten an sich in Ordnung seien („links blinken“), aber der Bereitschaft zur Umsetzung nicht zu trauen sei („rechts abbiegen“). Die Funktion der Linken sei somit, SPD und Grüne an die Wahlversprechen zu erinnern, auf deren Einhaltung zu drängen und einen „Verrat“ bekannt zu machen. Zur Unterstützung einer rotgrünen Landesregierung erklärte sich die Partei bereit, wenn SPD und Grüne ernsthaft die Absicht hätten, ihre eigenen Wahlprogramme zum Regierungsprogramm zu machen und die „Garantien“ an die Wähler\_innen aus dem eigenen Wahlprogramm erfüllt wären, also z.B. die sofortige Abschaffung der Studiengebühren, ein sofortiges Aus für Gorleben als Endlager. Die Unterschiede zu SPD und Grünen lagen weniger im Ziel, als in der Geschwindigkeit und in der Methode. An der Linken würde ein Regierungswechsel, der auch ein Politikwechsel sei, nicht scheitern. Der SPD-Spitzenkandidat Weil ließ offen, ob er ggf. eine Minderheitsregierung unter Duldung der Linkspartei bilden würde oder gar zu Koalitionsgesprächen bereit wäre.

Auf der zentralen Wahlkampfveranstaltung vor Weihnachten in Hannover erklärte Katja Kipping laut Pressemitteilung des Landesverbandes: „Wir müssen damit rechnen, dass die CDU die FDP durch eine Leihstimmenkampagne in den Landtag bringen will. Dann braucht es zur sicheren Verhinderung einer parlamentarischen Mehrheit von Schwarz-Gelb vor allem eines: eine Linksfraktion! DIE LINKE trete 2013 als Kraft der sozialen Verteidigung und als Ideenwerkstatt für den sozialen Fort-

schritt auf. Man sei auf dem Weg von der Protestlinken zur Veränderungslinken.“ Wer Schwarz-Gelb nicht mehr wolle, müsse die Linke ins Parlament wählen, weil SPD und Grüne allein keine Mehrheit bei einem Einzug der FDP hätten. Gemeinsam gegen eine schwarzgelbe Mehrheit war hier der Tenor, wobei darauf gesetzt wurde, dass das Stammpotential der Linken für eine alternative Mehrheit fehlen würde, wenn die Partei nicht im Landtag vertreten wäre.



Tatsächlich blieb die Partei in den Umfragen aber weiter unter der Sperrklausel und mit dem dahin schmelzenden Vorsprung von Rot-Grün stellte sich die doppelte Frage: Wie lassen sich die eigenen Anhänger zur Wahl mobilisieren und wie lässt sich verhindern, dass taktisch orientierte Anhänger im Zweifel lieber SPD oder Grüne wählen? Eine Stimme für DIE LINKE drohte angesichts der Umfragewerte zu einer verlorenen Stimme zu werden. Wenn der Nichteinzug auf Basis der Umfragen als sichere Sache angenommen wird, kommt es auch nicht mehr darauf an, ob man selbst wählen geht und damit nicht mehr erreicht als

ein Bekenntnis abzugeben.

In dieser Situation, in der der eigene Wahlkampf an Schwung zu verlieren drohte, präsentierte die Partei ein neues Großflächenplakat mit Sahra Wagenknecht und kündigte an, dass sie auch als Verhandlungsführerin bei etwaigen Koalitionsgesprächen zur Verfügung stehen würde. Nach Ansicht aller journalistischen Beobachter war die Partei mit diesem Coup wieder zurück im Wahlkampf und wurde wieder wahrgenommen. Zwar wurde kommentiert, dass Sahra Wagenknecht genau die falsche Personenwahl für ernsthafte Gespräche sei, dass sie in Niedersachsen ja gar nicht zur Wahl stände. Stellvertretend sei Stefan Reinecke mit seinem Kommentar in der taz (11.01.2013) zitiert: „Wagenknechts Talkshow-Prominenz soll verdecken, dass die niedersächsische Linkspartei in fünf Jahren weder markante Inhalte noch ein bekanntes Gesicht hervorgebracht hat. Wagenknecht verbindet weder ein Mandat noch Erfahrung mit Niedersachsen. Ihr Auftritt ist ein durchsichtiger PR-Coup, auf den Wähler eher allergisch reagieren werden.“ Übersehen wird hier, dass es vor allem auf die eigenen Anhänger ankommt. Es geht darum, sie zu motivieren, zur Wahl zu gehen und die Linke in den Landtag zu wählen, nicht darum, kurz vor dem Wahltag noch Anhänger anderer Parteien oder eine größere Zahl zwischen verschiedenen Parteien schwankender Wähler zu gewinnen. Unterstellt wurde, dass diese massive Einbeziehung bundespolitischer Prominenz erstens Wähler elektrisieren würde, zweitens die Bereitschaft zu Koalitionsgesprächen die Gefahren taktischer Wahlentscheidungen zu Gunsten von SPD oder Grünen minimieren würde und drittens die Federführung von Wagenknecht zugleich alle Befürchtungen, es könnte dabei zu vorschnellen Zugeständnissen kommen, zerstreuen würde, also keine demobilisierende Wirkung eintreten würde.



## Zu Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Reichtum und Armut in Niedersachsen<sup>5</sup>

Niedersachsen zählt zu den großen Flächenländern und ist mit 7,9 Millionen Einwohnern das viertgrößte Bundesland. Knapp 10% der Wahlberechtigten bei der kommenden Bundestagswahl haben ihren Wohnsitz in Niedersachsen.

Mit 166 Einwohnern je Quadratkilometer verfügt das Land über eine unterdurchschnittliche Besiedlungsdichte (Deutschland: 229 Einwohner/qkm). Nur 1,65 Millionen Niedersachsen wohnen in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern. Unter den 80 deutschen Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern belegt Hannover mit 522.000 Platz 13, es folgen auf Platz 28 Braunschweig (248.000), auf Platz 47 Osnabrück (164.000) und auf Platz 48 Oldenburg (162.000). Wolfsburg und Göttingen belegen mit je rund 121.000 Einwohnern die Plätze 61 und 62, auf Platz 78 und Platz 79 schaffen es mit jeweils 102.000 Einwohnern noch Hildesheim und Salzgitter. Die überwiegende Zahl der Wahlberechtigten lebt auf dem „flachen Land“ in kleineren Städten und ländlich geprägten Einwohnern.

Die Region Hannover, die in den 1930er und frühen 1940er Jahren industrialisierte Region Braunschweig-Salzgitter-Wolfsburg sowie die sich ab den 1970er Jahren entwickelnden Einzugsgebiete um die Universitätsstädte Oldenburg und Osnabrück prägen die wirtschaftliche Entwicklung des Landes: traditionelle Industrieregionen, die sich veränderten globalen Bedingungen anpassen, allen voran die Volkswagen AG, ländlich-agrarische Regionen, in denen sich eine hochindustrialisierte Landwirtschaft im Widerstreit zu starker bäuerlich-regionaler Landwirtschaft herausbildet, in regionaler Wirtschaft verankerte Wissenschaftsstandorte und auf den Ausbau der Windenergie setzende Küstenlandstriche. Die Region zwischen Elbe und Weser wiederum entwickelt sich in starker Abhängigkeit zu den Stadtstaaten Bremen und Hamburg.

Zu der differenzierten wirtschaftlichen Struktur kommen große soziokulturelle Unterschiede. Neben Regionen mit prägender industrieller Entwicklung und traditionell sozialdemokratisch-arbeiterlich geprägten Milieus zum Beispiel in Braunschweig, Salzgitter, Wolfsburg, Wilhelmshaven, Emden finden sich Regionen im Südwesten des Landes, die sich in starker Anbindung an die katholischen Traditionen des Münsterlandes geformt haben, beispielhaft hierfür stehen die südoldenburgischen, katholischen Gebiete Vechta und Cloppenburg im ehemaligen Großherzogtum Oldenburg.

Das Land Niedersachsen verzeichnete 2010 einen negativen Wanderungssaldo trotz insgesamt positiver wirtschaftlicher Entwicklung: der Anstieg der Erwerbstätigkeit seit 1991 erreicht mit 11,4 Prozent einen Spitzenwert, der Durchschnitt in den westdeutschen Ländern betrug 8,1%. Dabei stieg die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen mit 10,5% unterdurchschnittlich gegenüber 16,3% in allen westdeutschen Ländern. Der Anteil der marginal beschäftigten Arbeitnehmer lag mit zuletzt 15,4% unter dem Durchschnitt. Die Erwerbslosenquote liegt mit 6-7 Prozent im unteren Drittel der Quoten aller sechzehn Länder, seit 2008 sinkt die Arbeitslosigkeit trotz ungünstiger konjunktureller Lage.

Die „Reichtumsquote“<sup>6</sup> in Niedersachsen stagnierte seit 2005 in Niedersachsen bei etwa 7,4%, zuletzt für 2011 mit 7,3% berechnet, während sie im Bundesgebiet 2011 mit 8,1% über dem Wert von 7,7% in 2005 lag. Die Flächenländer Hessen (8,8%), Nordrhein-Westfalen (8,5%), Rheinland-Pfalz (8,2%) und Bayern (8,0) weisen eine deutlich höhere Quote aus, natürlich auch die Stadtstaaten Hamburg (9,8%), Bremen und Berlin (jeweils 9,3%).

Das Einkommen des statistischen Durchschnitts-Niedersachsen ist unterdurchschnittlich. Die „Armutgefährdungsquote“<sup>7</sup> erreicht 2011 leicht überdurchschnittliche 15,2% (Bundesdurchschnitt:

---

<sup>5</sup> Alle Zahlenangaben in diesem Abschnitt sind dem Statistischen Jahrbuch 2012, der Schrift „Arbeitsmarkt im Wandel“ des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter (Wiesbaden 2012) sowie dem Aufsatz von Lothar Eichhorn, Armutgefährdung in Niedersachsen im Jahr 2011; in: Statistische Monatshefte Niedersachsen 10/2012, S. 576-585, entnommen.

<sup>6</sup> Reichtumsquote: Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung.

<sup>7</sup> Armutgefährdungsquote: Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung.

15,1%). Im Vergleich zu 2005 (15,1%) stieg sie allerdings weniger stark als im Bund (14,7%). Die Armutsquote in Hannover zählt mit 20,1% zu den Spitzenwerten unter den deutschen Großstädten und liegt deutlich über derjenigen in Berlin (15,5%), Duisburg (14,2%), Dresden (16,2%) oder Hamburg (18,0%). Die Armutsgefährdungsquoten liegen im südöstlichen Niedersachsen (z.B. 17,1% im Harz und Umland) deutlich höher als im Nordwesten (z.B. 13,0%) im friesisch-ostfriesischen Küstengebiet.

Unter den Niedersachsen im Erwerbsalter gibt es überdurchschnittlich viele mit einem „niedrigen Bildungsstand“<sup>8</sup> (14,3% gegenüber 13,7% bundesweit) und „frühe Schulabgänger“<sup>9</sup> (14,1% gegenüber 11,6% bundesweit).

In Niedersachsen wurden 2011 gut 13.700 Verbraucherinsolvenzen angemeldet von 101.000 bundesweit, eine im Verhältnis zur Bevölkerungszahl deutlich überdurchschnittliche Zahl.

Die öffentlichen Haushalte des Landes zählen zu den ärmeren im Bundesgebiet. Niedersachsen erhält dauerhaft Mittel aus dem Länderfinanzausgleich, jedoch 2011 in der Summe fast nur noch ein Drittel des Jahres 2000. Die Schulden des Landes und der Gemeinden bezifferten sich 2010 auf 8.448 Euro je Einwohner gegenüber 10.660 Euro im Bundesdurchschnitt.

---

<sup>8</sup> Niedriger Bildungsstand: höchster Schulabschluss im Sekundarbereich I.

<sup>9</sup> Frühe Schulabgänger: Bevölkerung im Alter von 18-24 Jahren, die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befindet und über keinen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügt.

## Anhang

Tabelle B2: Wahlergebnisse für DIE LINKE in den Kreisen und kreisfreien Städten 2006-2011

	KW2006	LTW2008	BTW2009	KW2011	LTW2013
101 Braunschweig	4,4%	9,5%	9,9%	3,5%	
102 Salzgitter		8,8%	12,3%	4,0%	
103 Wolfsburg		7,9%	8,5%		
151 Lkr. Gifhorn		6,7%	7,7%	1,8%	
152 Lkr. Göttingen	3,8%	8,2%	8,8%	3,7%	
153 Lkr. Goslar		9,0%	10,7%	3,8%	
154 Lkr. Helmstedt	1,4%	7,9%	8,6%	2,3%	
155 Lkr. Northeim	2,3%	6,7%	9,1%	2,6%	
156 Lkr. Osterode am Harz	2,5%	6,8%	9,0%	2,6%	
157 Lkr. Peine	2,2%	8,1%	9,1%	2,9%	
158 Lkr. Wolfenbüttel		7,1%	8,6%	2,7%	
241 Region Hannover		7,7%	8,6%	3,3%	
251 Lkr. Diepholz	1,1%	6,8%	8,4%	2,1%	
252 Lkr. Hameln-Pyrmont		7,8%	9,4%	2,4%	
254 Lkr. Hildesheim		7,3%	8,1%	2,1%	
255 Lkr. Holzminden		6,3%	8,5%	1,6%	
256 Lkr. Nienburg/Weser	2,0%	5,3%	7,3%	1,9%	
257 Lkr. Schaumburg		6,3%	7,8%	2,2%	
351 Lkr. Celle		6,0%	7,1%	2,3%	
352 Lkr. Cuxhaven		7,9%	9,3%	2,2%	
353 Lkr. Harburg	2,2%	6,3%	7,3%	1,9%	
354 Lkr. Lüchow-Dannenberg		11,3%	11,9%		
355 Lkr. Lüneburg	3,5%	8,2%	9,6%	3,7%	
356 Lkr. Osterholz	2,9%	8,7%	10,9%	3,5%	
357 Lkr. Rotenburg/Wümme	0,9%	5,5%	7,2%	1,6%	
358 Heidekreis		6,6%	8,2%	2,1%	
359 Lkr. Stade	1,6%	5,8%	7,7%	1,9%	
360 Lkr. Uelzen		5,6%	8,4%		
361 Lkr. Verden		7,0%	8,6%	1,9%	
401 Delmenhorst		10,2%	12,5%	3,5%	
402 Emden	3,8%	9,1%	12,2%	3,2%	
403 Oldenburg	7,2%	10,4%	11,1%	6,1%	
404 Osnabrück		7,7%	9,1%	3,4%	
405 Wilhelmshaven		11,3%	13,1%	2,9%	
451 Lkr. Ammerland		5,8%	7,7%	1,6%	
452 Lkr. Aurich	3,5%	8,5%	11,3%	3,1%	
453 Lkr. Cloppenburg		4,1%	5,6%	0,3%	
454 Lkr. Emsland	0,2%	4,1%	5,7%	0,8%	
455 Lkr. Friesland		7,0%	9,0%	1,7%	
456 Grafschaft Bentheim		5,0%	6,0%	1,1%	
457 Lkr. Leer		7,5%	10,6%	2,7%	
458 Lkr. Oldenburg		6,7%	8,5%	2,2%	
459 Lkr. Osnabrück		5,7%	7,2%	2,1%	
460 Lkr. Vechta		3,0%	4,5%	1,0%	
461 Lkr. Wesermarsch		7,7%	10,0%	3,6%	
462 Lkr. Wittmund		5,9%	9,0%	1,8%	

Quelle: Statistisches Landesamt

Tabelle A10: Zweitstimmen Ergebnisse in den 87 Wahlkreisen

	Wahlbet.	CDU	SPD	FDP	Grüne	LINKE	Piraten
1 Braunschweig-Nord	64,7%	28,5%	31,4%	8,6%	21,9%	4,0%	3,5%
2 Braunschweig-Süd	58,5%	33,4%	36,8%	7,9%	13,8%	3,6%	2,4%
3 Braunschweig-West	58,0%	28,2%	34,0%	8,0%	18,6%	4,9%	3,8%
4 Peine	60,1%	31,5%	41,0%	8,3%	11,3%	3,5%	2,1%
5 Gifhorn-Nord/Wolfsburg	57,0%	40,7%	32,7%	8,5%	10,4%	2,5%	2,5%
6 Gifhorn-Süd	60,0%	38,0%	32,9%	7,9%	12,7%	2,8%	2,5%
7 Wolfsburg	53,0%	37,5%	35,7%	7,3%	11,0%	3,4%	2,6%
8 Helmstedt	58,0%	36,3%	37,0%	7,2%	10,9%	2,9%	2,3%
9 Wolfenbüttel-Nord	62,8%	34,2%	33,1%	9,0%	16,1%	3,4%	2,0%
10 Wolfenbüttel-Süd/Salzgitter	61,4%	31,9%	42,2%	7,1%	10,1%	4,0%	1,7%
11 Salzgitter	53,9%	30,4%	44,6%	5,7%	9,6%	4,0%	1,6%
12 Osterode	56,7%	34,2%	39,6%	9,0%	8,7%	2,8%	1,3%
13 Seesen	56,4%	36,6%	35,5%	9,9%	9,4%	3,8%	2,3%
14 Goslar	56,3%	33,6%	37,6%	8,6%	11,2%	4,5%	2,0%
15 Duderstadt	62,5%	42,3%	28,4%	7,3%	12,4%	2,4%	1,4%
16 Göttingen/Minden	56,0%	29,7%	38,9%	7,5%	15,1%	3,7%	1,9%
17 Göttingen-Stadt	62,4%	22,6%	29,9%	8,7%	28,5%	5,7%	2,7%
18 Northeim	59,9%	31,5%	39,9%	9,0%	11,8%	3,1%	1,9%
19 Einbeck	62,3%	33,8%	38,6%	10,8%	9,6%	3,0%	1,8%
20 Holzminden	59,6%	28,8%	36,8%	14,0%	13,6%	2,7%	1,6%
21 Hildesheim	56,1%	31,6%	33,5%	9,0%	17,7%	3,6%	2,3%
22 Sarstedt/Bad Salzdetfurth	64,2%	37,0%	38,2%	6,8%	11,0%	2,6%	1,8%
23 Alfeld	63,8%	33,7%	40,8%	8,0%	10,8%	2,7%	1,9%
24 Hannover-Döhren	63,8%	30,4%	31,3%	14,1%	17,0%	3,0%	2,1%
25 Hannover-Buchholz	60,5%	30,1%	34,4%	12,2%	15,1%	3,4%	2,2%
26 Hannover-Linden	55,3%	18,9%	39,3%	6,4%	22,6%	6,8%	3,6%
27 Hannover-Ricklingen	61,9%	25,5%	38,1%	9,2%	18,4%	3,8%	2,5%
28 Hannover-Mitte	61,7%	20,1%	36,0%	8,2%	25,3%	4,7%	3,2%
29 Laatzen	63,1%	33,4%	37,5%	9,3%	11,9%	3,1%	1,9%
30 Lehrte	62,2%	33,0%	35,5%	9,7%	13,6%	3,2%	2,3%
31 Langenhagen	64,1%	35,1%	32,4%	13,2%	12,2%	2,5%	1,9%
32 Garbsen/Wedemark	61,8%	33,4%	35,6%	11,9%	11,7%	2,5%	2,1%
33 Neustadt/Wunstorf	64,5%	33,0%	36,1%	11,2%	12,4%	2,7%	2,0%
34 Barsinghausen	64,6%	33,0%	37,0%	9,5%	12,9%	2,7%	2,0%
35 Springe	66,6%	32,0%	34,8%	10,5%	15,0%	2,8%	1,7%
36 Bad Pyrmont	58,3%	35,6%	36,0%	8,5%	11,7%	3,3%	2,2%
37 Schaumburg	59,0%	32,9%	37,6%	9,6%	12,9%	2,7%	1,7%
38 Hameln/Rinteln	53,6%	34,4%	34,6%	9,7%	13,1%	3,6%	2,5%
39 Nienburg/Schaumburg	60,0%	40,8%	34,0%	9,0%	10,1%	2,2%	1,6%
40 Nienburg-Nord	55,9%	37,7%	33,1%	9,5%	12,5%	2,8%	2,1%
41 Syke	59,5%	36,4%	31,9%	9,1%	15,2%	3,1%	1,9%
42 Diepholz	56,0%	39,4%	28,7%	14,5%	11,0%	2,3%	2,2%
43 Walsrode	57,4%	36,9%	33,6%	9,7%	11,9%	3,0%	1,8%
44 Soltau	58,8%	42,3%	28,2%	9,7%	11,6%	3,0%	2,1%
45 Bergen	60,8%	40,8%	29,4%	12,2%	10,0%	2,3%	1,9%
46 Celle	55,8%	35,1%	30,3%	13,3%	12,3%	3,3%	2,1%
47 Uelzen	61,3%	37,1%	30,3%	9,9%	14,7%	2,9%	2,4%
48 Elbe	61,0%	33,5%	26,1%	8,9%	20,4%	5,9%	2,2%

49	Lüneburg	59,8%	27,5%	28,4%	9,1%	25,1%	3,9%	3,2%
50	Winsen	62,5%	38,4%	27,4%	10,1%	15,8%	2,6%	2,2%
51	Seevetal	61,6%	37,7%	29,4%	11,3%	13,3%	2,5%	1,8%
52	Buchholz	64,8%	37,2%	25,2%	12,3%	17,1%	2,7%	2,2%
53	Rotenburg	61,0%	37,5%	28,7%	10,7%	16,0%	2,5%	2,0%
54	Bremervörde	61,7%	44,9%	27,9%	10,5%	10,9%	1,8%	2,0%
55	Buxtehude	60,7%	39,0%	28,2%	10,7%	14,2%	2,5%	1,9%
56	Stade	55,9%	41,0%	30,6%	10,5%	11,6%	2,3%	1,7%
57	Hadeln/Wesermünde	63,2%	48,8%	24,6%	11,9%	9,1%	2,2%	1,5%
58	Cuxhaven	58,5%	40,1%	34,1%	9,1%	9,7%	2,9%	1,6%
59	Unterweser	59,7%	39,4%	32,5%	7,6%	13,1%	3,0%	2,0%
60	Osterholz	58,9%	34,2%	31,4%	8,6%	17,0%	4,3%	2,6%
61	Verden	60,4%	36,6%	30,9%	9,8%	15,3%	2,7%	2,1%
62	Oldenburg-Mitte/Süd	57,9%	23,6%	29,1%	9,8%	25,8%	6,5%	2,9%
63	Oldenburg-Nord/West	61,6%	24,7%	30,9%	10,9%	23,4%	5,1%	2,7%
64	Oldenburg-Land	63,0%	33,9%	28,2%	14,1%	16,0%	2,8%	2,0%
65	Delmenhorst	49,5%	34,0%	34,5%	8,2%	12,9%	3,9%	3,3%
66	Cloppenburg-Nord	53,9%	48,3%	23,7%	13,4%	8,6%	2,4%	1,7%
67	Cloppenburg	56,7%	57,6%	17,8%	12,6%	7,1%	1,9%	1,5%
68	Vechta	60,2%	57,6%	18,2%	12,0%	7,1%	1,5%	1,4%
69	Wilhelmshaven	52,3%	34,5%	34,8%	8,5%	12,5%	4,7%	1,9%
70	Friesland	59,2%	31,1%	38,3%	11,2%	12,3%	2,9%	2,1%
71	Wesermarsch	57,3%	34,5%	34,9%	11,0%	12,8%	3,0%	1,8%
72	Ammerland	59,5%	36,0%	28,6%	13,9%	14,6%	2,8%	2,0%
73	Bersenbrück	56,8%	50,3%	24,3%	12,1%	8,5%	1,8%	1,5%
74	Melle	61,4%	38,8%	30,8%	10,6%	13,7%	2,2%	2,3%
75	Bramsche	59,6%	38,6%	31,6%	9,3%	14,0%	2,6%	2,0%
76	Georgsmarienhütte	63,0%	44,4%	27,1%	11,2%	11,6%	2,2%	2,2%
77	Osnabrück-Ost	55,2%	31,3%	32,3%	9,8%	18,1%	4,0%	2,6%
78	Osnabrück-West	59,4%	30,2%	27,6%	12,3%	22,0%	3,7%	2,6%
79	Grafschaft Bentheim	59,4%	46,0%	29,4%	10,3%	9,1%	2,1%	1,9%
80	Lingen	60,9%	54,1%	22,6%	10,2%	8,6%	1,6%	1,9%
81	Meppen	60,8%	55,8%	21,5%	10,7%	7,3%	1,6%	1,6%
82	Papenburg	58,7%	55,8%	19,9%	11,8%	7,6%	2,0%	1,4%
83	Leer	56,5%	36,1%	35,0%	9,2%	12,3%	3,1%	1,9%
84	Leer/Borkum	56,3%	31,1%	43,4%	7,6%	10,0%	3,0%	1,8%
85	Emden/Norden	55,0%	22,8%	46,4%	8,1%	13,8%	4,1%	2,3%
86	Aurich	55,0%	29,0%	42,2%	7,3%	12,6%	4,0%	1,9%
87	Wittmund/Inseln	55,9%	35,8%	38,7%	9,7%	10,0%	2,2%	1,5%

Tabelle A11: Veränderung der Zweitstimmenanteile LTW 2013 gegenüber LTW 2008

	Wahlbet.	CDU	SPD	FDP	Grüne	LINKE	
1	Braunschweig-Nord	3,6%	-7,6%	2,3%	-0,2%	7,9%	-5,3%
2	Braunschweig-Süd	1,5%	-6,1%	3,3%	0,2%	6,6%	-4,9%
3	Braunschweig-West	2,7%	-7,3%	2,0%	0,4%	7,6%	-5,5%
4	Peine	2,9%	-6,3%	2,9%	1,3%	6,0%	-4,8%
5	Gifhorn-Nord/Wolfsburg	1,7%	-6,8%	2,6%	2,1%	5,2%	-4,3%
6	Gifhorn-Süd	2,3%	-6,1%	2,1%	0,6%	5,5%	-3,9%
7	Wolfsburg	1,5%	-5,3%	4,1%	0,5%	4,5%	-4,7%
8	Helmstedt	1,4%	-3,5%	2,8%	0,4%	5,3%	-4,9%

9	Wolfenbüttel-Nord	0,7%	-6,5%	1,3%	1,0%	6,9%	-3,2%
10	Wolfenbüttel-Süd/Salzgitter	0,3%	-6,2%	3,5%	1,0%	5,2%	-4,2%
11	Salzgitter	-1,1%	-5,7%	3,4%	0,2%	5,3%	-4,5%
12	Osterode	0,8%	-4,7%	2,1%	1,6%	3,8%	-4,0%
13	Seesen	1,1%	-4,5%	3,0%	1,6%	4,1%	-4,6%
14	Goslar	-0,4%	-3,9%	2,1%	0,9%	5,7%	-5,0%
15	Duderstadt	2,6%	-5,1%	0,4%	0,6%	4,5%	-3,5%
16	Göttingen/Minden	1,1%	-4,6%	1,3%	0,3%	6,3%	-4,2%
17	Göttingen-Stadt	3,9%	-6,0%	0,9%	0,1%	7,4%	-4,7%
18	Northeim	2,0%	-5,2%	0,9%	1,0%	5,6%	-3,3%
19	Einbeck	2,5%	-3,4%	2,2%	-0,2%	4,7%	-4,0%
20	Holzminde	1,8%	-6,6%	2,5%	-0,2%	7,5%	-3,6%
21	Hildesheim	1,2%	-8,0%	5,0%	1,0%	5,8%	-4,9%
22	Sarstedt/Bad Salzdetfurth	3,0%	-6,1%	4,7%	0,3%	4,9%	-4,2%
23	Alfeld	1,8%	-5,6%	3,0%	1,0%	5,2%	-3,9%
24	Hannover-Döhren	4,4%	-8,6%	4,6%	1,3%	5,5%	-3,9%
25	Hannover-Buchholz	4,0%	-8,1%	3,2%	1,8%	6,2%	-4,0%
26	Hannover-Linden	3,3%	-6,0%	4,1%	-0,1%	6,6%	-6,5%
27	Hannover-Ricklingen	4,1%	-8,1%	4,5%	0,6%	6,1%	-4,8%
28	Hannover-Mitte	5,6%	-6,8%	4,1%	-0,6%	6,7%	-5,6%
29	Laatzen	3,7%	-3,2%	5,7%	1,7%	5,8%	-3,3%
30	Lehrte	5,0%	-7,2%	2,7%	1,9%	6,1%	-3,8%
31	Langenhagen	4,0%	-8,7%	4,3%	1,9%	5,1%	-3,3%
32	Garbsen/Wedemark	5,1%	-7,8%	3,4%	2,3%	4,9%	-3,8%
33	Neustadt/Wunstorf	4,5%	-9,3%	3,6%	3,1%	5,4%	-3,6%
34	Barsinghausen	3,7%	-9,3%	4,0%	1,9%	5,7%	-3,7%
35	Springe	3,7%	-7,8%	3,6%	1,3%	5,7%	-3,9%
36	Bad Pyrmont	1,5%	-5,4%	2,8%	0,9%	5,9%	-4,0%
37	Schaumburg	1,8%	-7,0%	1,8%	2,2%	5,8%	-3,5%
38	Hamel	1,7%	-5,6%	2,3%	1,7%	5,5%	-4,2%
39	Nienburg/Schaumburg	3,6%	-5,9%	2,5%	1,6%	4,5%	-3,2%
40	Nienburg-Nord	1,8%	-5,8%	1,2%	2,0%	5,2%	-2,9%
41	Syke	1,9%	-4,7%	2,4%	0,2%	6,2%	-4,7%
42	Diepholz	0,7%	-6,2%	1,9%	0,8%	5,9%	-3,8%
43	Walsrode	2,6%	-7,6%	2,3%	2,9%	5,5%	-3,8%
44	Soltau	3,6%	-6,0%	1,9%	1,5%	5,4%	-3,5%
45	Bergen	4,3%	-8,1%	3,7%	3,0%	4,4%	-3,5%
46	Celle	3,9%	-9,7%	3,2%	3,2%	5,4%	-3,1%
47	Uelzen	3,3%	-6,8%	0,6%	3,3%	6,3%	-2,9%
48	Elbe	3,6%	-7,1%	0,9%	1,6%	7,3%	-3,5%
49	Lüneburg	8,5%	-7,8%	1,1%	0,8%	8,1%	-4,8%
50	Winsen	4,2%	-7,4%	2,6%	1,1%	6,3%	-3,3%
51	Seevetal	3,7%	-8,7%	3,1%	2,6%	5,0%	-3,5%
52	Buchholz	5,7%	-8,0%	3,3%	1,5%	6,4%	-4,1%
53	Rotenburg	3,1%	-6,8%	2,1%	1,0%	6,5%	-3,7%
54	Bremervörde	1,5%	-6,2%	2,1%	2,7%	4,6%	-3,1%
55	Buxtehude	3,3%	-6,7%	1,8%	2,3%	5,7%	-3,8%
56	Stade	2,7%	-5,9%	1,4%	3,8%	4,3%	-3,0%
57	Hadeln/Wesermünde	4,2%	0,5%	-3,3%	4,6%	2,3%	-4,2%
58	Cuxhaven	4,3%	0,8%	2,0%	1,1%	3,0%	-6,2%
59	Unterweser	2,8%	-2,3%	1,6%	0,9%	4,9%	-5,2%

60	Osterholz	2,5%	-5,4%	2,0%	0,6%	6,7%	-4,5%
61	Verden	2,7%	-4,8%	1,4%	1,3%	6,4%	-4,0%
62	Oldenburg-Mitte/Süd	3,6%	-5,9%	-0,1%	0,9%	8,7%	-5,0%
63	Oldenburg-Nord/West	3,5%	-6,3%	-0,8%	1,1%	9,1%	-4,3%
64	Oldenburg-Land	3,3%	-7,0%	-0,5%	2,8%	7,7%	-4,0%
65	Delmenhorst	0,1%	-2,0%	-0,4%	0,9%	7,1%	-6,2%
66	Cloppenburg-Nord	1,3%	-8,5%	2,9%	3,3%	4,5%	-2,6%
67	Cloppenburg	0,8%	-9,0%	2,2%	4,6%	3,6%	-2,0%
68	Vechta	1,1%	-7,9%	1,7%	3,0%	3,2%	-1,5%
69	Wilhelmshaven	0,6%	-2,5%	5,5%	0,4%	4,8%	-6,6%
70	Friesland	2,2%	-8,0%	4,3%	2,9%	5,1%	-4,1%
71	Wesermarsch	-1,0%	-6,6%	1,6%	3,3%	5,3%	-4,3%
72	Ammerland	2,0%	-7,1%	0,3%	3,4%	5,8%	-3,1%
73	Bersenbrück	0,3%	-8,2%	1,2%	4,5%	4,4%	-2,8%
74	Melle	0,4%	-7,8%	2,0%	2,3%	5,8%	-3,4%
75	Bramsche	0,3%	-6,0%	1,7%	1,9%	5,6%	-3,9%
76	Georgsmarienhütte	-0,6%	-7,5%	1,3%	2,6%	5,6%	-3,2%
77	Osnabrück-Ost	0,6%	-8,2%	1,1%	1,6%	8,4%	-4,1%
78	Osnabrück-West	0,3%	-7,3%	0,6%	0,2%	8,5%	-3,7%
79	Grafschaft Bentheim	1,6%	-8,2%	2,9%	3,1%	4,7%	-3,0%
80	Lingen	2,0%	-7,9%	2,2%	3,2%	4,2%	-2,4%
81	Meppen	2,1%	-8,0%	2,7%	3,6%	3,6%	-1,9%
82	Papenburg	1,6%	-3,7%	2,2%	4,0%	2,1%	-2,8%
83	Leer	0,9%	-6,4%	3,3%	3,1%	5,5%	-4,4%
84	Leer/Borkum	1,1%	-4,9%	4,8%	2,8%	4,7%	-4,5%
85	Emden/Norden	0,9%	-8,0%	5,2%	1,7%	5,9%	-4,9%
86	Aurich	-0,4%	-7,4%	3,5%	3,1%	6,0%	-4,7%
87	Wittmund/Inseln	0,1%	-7,3%	4,1%	2,9%	5,0%	-3,9%

**Tabelle A12 Zusammenstellung Wahlergebnisse DIE LINKE in den Wahlkreisen –  
Rangfolge Verluste absolute Stimmen**

	Zweitstimmen			Anteil			LTW13-LTW08			
	LTW08	BTW09	LTW13	LTW08	BTW09	LTW13	abs.	rel.	%punkte	
58	Cuxhaven	3.299	4.533	1.129	9,1%	9,5%	2,9%	-2.170	-65,8%	-6,2%
57	Hadeln/Wesermünde	2.188	3.460	790	6,4%	8,3%	2,2%	-1.398	-63,9%	-4,2%
87	Wittmund/Inseln	2.206	3.942	808	6,1%	8,8%	2,2%	-1.398	-63,4%	-3,9%
8	Helmstedt	3.345	4.756	1.251	7,9%	8,6%	2,9%	-2.094	-62,6%	-4,9%
54	Bremervörde	1.970	3.387	742	4,9%	6,8%	1,8%	-1.228	-62,3%	-3,1%
42	Diepholz	2.019	3.198	768	6,0%	7,4%	2,3%	-1.251	-62,0%	-3,8%
5	Gifhorn-Nord/Wolfsburg	2.549	3.872	973	6,8%	7,8%	2,5%	-1.576	-61,8%	-4,3%
59	Unterweser	2.642	4.701	1.017	8,2%	10,8%	3,0%	-1.625	-61,5%	-5,2%
65	Delmenhorst	2.839	4.803	1.096	10,2%	12,5%	3,9%	-1.743	-61,4%	-6,2%
74	Melle	2.401	3.820	945	5,5%	7,0%	2,2%	-1.456	-60,6%	-3,4%
73	Bersenbrück	1.906	3.153	755	4,5%	6,0%	1,8%	-1.151	-60,4%	-2,8%
22	Sarstedt/Bad Salzdetfurth	3.141	4.415	1.259	6,8%	7,6%	2,6%	-1.882	-59,9%	-4,2%
12	Osterode	2.453	4.097	985	6,8%	9,0%	2,8%	-1.468	-59,8%	-4,0%
75	Bramsche	2.641	4.199	1.064	6,5%	8,3%	2,6%	-1.577	-59,7%	-3,9%
76	Georgsmarienhütte	2.411	3.672	974	5,4%	6,7%	2,2%	-1.437	-59,6%	-3,2%
71	Wesermarsch	3.634	5.829	1.485	7,3%	9,5%	3,0%	-2.149	-59,1%	-4,3%
23	Alfeld	2.825	4.114	1.166	6,6%	7,8%	2,7%	-1.659	-58,7%	-3,9%

84	Leer/Borkum	2.297	4.392	950	7,5%	11,2%	3,0%	-1.347	-58,6%	-4,5%
19	Einbeck	2.322	3.824	970	6,9%	9,3%	3,0%	-1.352	-58,2%	-4,0%
41	Syke	3.586	5.961	1.500	7,8%	9,5%	3,1%	-2.086	-58,2%	-4,7%
69	Wilhelmshaven	3.714	5.674	1.555	11,3%	13,1%	4,7%	-2.159	-58,1%	-6,6%
15	Duderstadt	1.995	2.964	840	5,9%	6,9%	2,4%	-1.155	-57,9%	-3,5%
80	Lingen	1.933	3.373	821	4,0%	5,4%	1,6%	-1.112	-57,5%	-2,4%
61	Verden	3.117	5.117	1.328	6,7%	8,4%	2,7%	-1.789	-57,4%	-4,0%
20	Holzminen	2.165	3.663	924	6,3%	8,5%	2,7%	-1.241	-57,3%	-3,6%
21	Hildesheim	3.554	4.900	1.519	8,5%	8,9%	3,6%	-2.035	-57,3%	-4,9%
45	Bergen	2.286	3.600	979	5,8%	6,9%	2,3%	-1.307	-57,2%	-3,5%
79	Grafschaft Bentheim	2.434	3.683	1.043	5,0%	5,9%	2,1%	-1.391	-57,1%	-3,0%
70	Friesland	3.113	5.168	1.336	7,0%	9,0%	2,9%	-1.777	-57,1%	-4,1%
55	Buxtehude	2.746	4.622	1.179	6,3%	7,8%	2,5%	-1.567	-57,1%	-3,8%
39	Nienburg/Schaumburg	2.204	3.654	949	5,4%	7,0%	2,2%	-1.255	-56,9%	-3,2%
53	Rotenburg	2.097	3.349	904	6,2%	7,8%	2,5%	-1.193	-56,9%	-3,7%
83	Leer	2.818	4.949	1.215	7,5%	10,1%	3,1%	-1.603	-56,9%	-4,4%
32	Garbsen/Wedemark	2.433	3.785	1.051	6,3%	7,5%	2,5%	-1.382	-56,8%	-3,8%
6	Gifhorn-Süd	2.933	4.330	1.270	6,7%	7,6%	2,8%	-1.663	-56,7%	-3,9%
7	Wolfsburg	3.164	4.707	1.378	8,1%	8,7%	3,4%	-1.786	-56,4%	-4,7%
2	Braunschweig-Süd	3.123	4.407	1.362	8,5%	9,3%	3,6%	-1.761	-56,4%	-4,9%
4	Peine	3.736	5.258	1.633	8,2%	9,0%	3,5%	-2.103	-56,3%	-4,8%
35	Springe	2.806	3.727	1.227	6,7%	7,1%	2,8%	-1.579	-56,3%	-3,9%
82	Papenburg	2.184	4.038	956	4,9%	7,0%	2,0%	-1.228	-56,2%	-2,8%
37	Schaumburg	3.009	4.813	1.325	6,2%	7,7%	2,7%	-1.684	-56,0%	-3,5%
13	Seesen	2.595	3.994	1.153	8,4%	10,0%	3,8%	-1.442	-55,6%	-4,6%
52	Buchholz	2.585	3.762	1.152	6,8%	7,4%	2,7%	-1.433	-55,4%	-4,1%
64	Oldenburg-Land	2.923	4.748	1.310	6,8%	8,5%	2,8%	-1.613	-55,2%	-4,0%
34	Barsinghausen	2.437	3.727	1.097	6,4%	7,8%	2,7%	-1.340	-55,0%	-3,7%
11	Salzgitter	3.061	5.690	1.382	8,6%	12,4%	4,0%	-1.679	-54,9%	-4,5%
36	Bad Pyrmont	2.554	4.102	1.154	7,4%	9,1%	3,3%	-1.400	-54,8%	-4,0%
56	Stade	2.091	3.900	945	5,3%	7,5%	2,3%	-1.146	-54,8%	-3,0%
14	Goslar	3.211	4.763	1.452	9,5%	11,2%	4,5%	-1.759	-54,8%	-5,0%
51	Seevetal	2.018	3.357	913	6,0%	7,2%	2,5%	-1.105	-54,8%	-3,5%
33	Neustadt/Wunstorf	2.471	3.775	1.137	6,3%	7,5%	2,7%	-1.334	-54,0%	-3,6%
85	Emden/Norden	4.028	6.674	1.873	9,0%	11,5%	4,1%	-2.155	-53,5%	-4,9%
31	Langenhagen	2.505	3.691	1.169	5,8%	6,7%	2,5%	-1.336	-53,3%	-3,3%
86	Aurich	3.899	7.092	1.821	8,6%	12,2%	4,0%	-2.078	-53,3%	-4,7%
10	Wolfenbüttel-Süd/Salzgitter	2.970	4.576	1.391	8,2%	10,3%	4,0%	-1.579	-53,2%	-4,2%
16	Göttingen/Minden	3.090	4.845	1.450	7,9%	9,5%	3,7%	-1.640	-53,1%	-4,2%
38	Hameln/Rinteln	3.243	5.387	1.528	7,8%	9,5%	3,6%	-1.715	-52,9%	-4,2%
1	Braunschweig-Nord	3.597	4.583	1.696	9,3%	9,2%	4,0%	-1.901	-52,8%	-5,3%
29	Laatzen	2.421	3.510	1.149	6,4%	7,9%	3,1%	-1.272	-52,5%	-3,3%
49	Lüneburg	4.082	5.849	1.951	8,6%	9,4%	3,9%	-2.131	-52,2%	-4,8%
24	Hannover-Döhren	2.727	3.927	1.306	6,9%	7,7%	3,0%	-1.421	-52,1%	-3,9%
27	Hannover-Ricklingen	3.708	5.179	1.781	8,6%	9,3%	3,8%	-1.927	-52,0%	-4,8%
43	Walsrode	2.028	3.284	976	6,8%	8,2%	3,0%	-1.052	-51,9%	-3,8%
18	Northeim	2.123	3.714	1.026	6,4%	8,8%	3,1%	-1.097	-51,7%	-3,3%
81	Meppen	1.643	2.953	797	3,5%	4,9%	1,6%	-846	-51,5%	-1,9%
77	Osnabrück-Ost	2.328	3.719	1.132	8,1%	9,9%	4,0%	-1.196	-51,4%	-4,1%
44	Soltau	1.897	3.126	940	6,5%	8,2%	3,0%	-957	-50,4%	-3,5%
25	Hannover-Buchholz	2.948	4.418	1.463	7,4%	8,5%	3,4%	-1.485	-50,4%	-4,0%



50	Winsen	2.178	3.706	1.081	5,9%	7,4%	2,6%	-1.097	-50,4%	-3,3%
30	Lehrte	2.877	4.294	1.438	7,0%	7,9%	3,2%	-1.439	-50,0%	-3,8%
67	Cloppenburg	1.414	2.292	708	3,9%	5,1%	1,9%	-706	-49,9%	-2,0%
40	Nienburg-Nord	2.073	3.664	1.044	5,6%	7,8%	2,8%	-1.029	-49,6%	-2,9%
72	Ammerland	2.491	4.227	1.259	5,9%	7,7%	2,8%	-1.232	-49,5%	-3,1%
66	Cloppenburg-Nord	1.874	3.510	957	5,0%	7,1%	2,4%	-917	-48,9%	-2,6%
3	Braunschweig-West	3.978	5.550	2.044	10,3%	10,9%	4,9%	-1.934	-48,6%	-5,5%
28	Hannover-Mitte	4.648	6.358	2.405	10,3%	10,5%	4,7%	-2.243	-48,3%	-5,6%
60	Osterholz	4.093	6.571	2.119	8,7%	10,3%	4,3%	-1.974	-48,2%	-4,5%
68	Vechta	1.401	2.636	733	3,1%	4,6%	1,5%	-668	-47,7%	-1,5%
78	Osnabrück-West	2.803	4.038	1.469	7,5%	8,5%	3,7%	-1.334	-47,6%	-3,7%
9	Wolfenbüttel-Nord	2.454	3.668	1.289	6,7%	8,0%	3,4%	-1.165	-47,5%	-3,2%
47	Uelzen	2.797	5.142	1.472	5,8%	8,5%	2,9%	-1.325	-47,4%	-2,9%
26	Hannover-Linden	4.969	7.015	2.735	13,3%	14,0%	6,8%	-2.234	-45,0%	-6,5%
46	Celle	2.259	3.543	1.244	6,4%	7,4%	3,3%	-1.015	-44,9%	-3,1%
17	Göttingen-Stadt	4.063	4.997	2.381	10,4%	9,7%	5,7%	-1.682	-41,4%	-4,7%
63	Oldenburg-Nord/West	3.376	4.761	2.010	9,4%	10,2%	5,1%	-1.366	-40,5%	-4,3%
62	Oldenburg-Mitte/Süd	3.693	5.350	2.280	11,5%	12,3%	6,5%	-1.413	-38,3%	-5,0%
48	Elbe	4.499	6.797	2.982	9,4%	10,9%	5,9%	-1.517	-33,7%	-3,5%

## Wahlnachtberichte und Vorbehalt

Die „Wahlnachtberichte“ sind ein Projekt, das von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs begonnen und weiterentwickelt wurde. Sie erscheinen seit der Europawahl 2004 zu den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Inzwischen sind an einzelnen Wahlnachtberichten weitere Autorinnen und Autoren beteiligt gewesen.

Die Wahlnachtberichte geben nicht die Auffassung einer Partei, politischen Strömung oder einer Stiftung wieder, sondern ausschließlich die persönlichen Auffassungen und Einsichten des/der Autoren. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt das Projekt der Wahlnachtberichte im Rahmen ihrer Förderung von nationalen und internationalen Wahlanalysen.

Alleiniger Autor dieses Wahlnachtberichtes ist Horst Kahrs, Sozialwissenschaftler, Publizist und Mitarbeiter am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Diese Analyse entstand in ihrem aktuellen Teil in der Wahlnacht vom 20./21. Januar 2013 auf der Basis der bis 1:00 am 21.01. öffentlich zugänglichen Daten und gewonnenen Erkenntnisse. Die von Dritten übernommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt wurden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen.